

## 1. Voranschlag 2025 und Finanzplan 2026–2028 (24/BS 4/64)

### Eintreten

**Präsident:** Der Grosse Rat hat an der Sitzung vom 5. Juni 2024 die Finanzstrategie 2024–2030 beraten. Nun gilt es mit dem Voranschlag 2025, den der Grosse Rat gemäss § 39 der Kantonsverfassung zu beschliessen hat, und dem Finanzplan 2026–2028, den der Grosse Rat zur Kenntnis nehmen wird, ernst. Den Bericht der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission sowie die verschiedenen Berichte der GFK-Subkommissionen zu diesem Geschäft haben Sie alle vorgängig erhalten. Ich bitte Sie, wie im Infobulletin schon angetönt, Ihre Anträge zum Voranschlag bereits in der heutigen Debatte zum Eintreten anzukündigen. Die inhaltliche Diskussion und die Bereinigung aller materiellen Anträge finden dann allerdings erst im Rahmen der Detailberatung am 4. Dezember 2024 statt. Das heisst, wir kommen zum Eintreten, und erst nachher sollen diese Anträge angekündigt werden. Merken Sie sich auch, dass Sie die ganzen materiellen Belange noch nicht heute ausbreiten müssen; nur sagen, was, warum und in welcher Höhe Sie irgendwo im Budget nach oben oder nach unten halten wollen. Zudem informiere ich Sie, dass allfällige generelle Kürzungs- und Erhöhungsanträge zum Voranschlag, die sämtliche Ämter und Betriebe des Kantons betreffen, heute unmittelbar nach dem Eintreten zu stellen und dann auch zu behandeln sind. Denn bei Gutheissung würden sie zwangsläufig zu einer Rückweisung des Budgets, sei es an den Regierungsrat oder an die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission führen, weil sich solche Anträge auf keine konkreten Budgetpositionen oder kein konkretes Globalbudget beziehen. Dies meine Worte zur Einführung. Das Wort hat jetzt zuerst der Präsident der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission, Kantonsrat Hans Eschenmoser für seine einleitenden Bemerkungen zum Eintreten.

**Kommissionspräsident Hans Eschenmoser, SVP:** "Heiss, heisser, Steuererhöhung": Diese Schlagzeile durften wir in der Thurgauer Zeitung vom letzten Samstag lesen. Das Temperaturempfinden ist für alle sehr unterschiedlich. Innerhalb der verschiedenen Fraktionen, aber auch zwischen uns, dem Grossen Rat und der Regierung, sind die Empfindungen sehr unterschiedlich. Wird es heute heiss, in zwei Wochen in der Detailberatung heisser und dann im Jahr 2025 ganz kalt? Dafür gibt es verschiedene Messmethoden. Schauen wir einmal, wie es herauskommt. In der Budgetberatung, mit welcher wir heute anfangen, beraten wir über Zahlen. Dies sind nackte Zahlen, aber hinter jeder Zahl stehen Leistungen, welche Personen betreffen. Hier sind die Empfindungen auch sehr unterschiedlich, wie bei der Temperatur. Entsprechend erwarte ich eine interessante Beratung. Dies als kleine Einleitung zum Budget 2025, zu welchem ich in meinem ersten Jahr als GFK-Präsident die Beratungen leiten durfte. Nicht nur ich habe eine neue Funktion, auch unsere zwei Regierungsrätinnen sind neu, und in der GFK arbeiten auch acht neue Mitglieder mit. Alle Beteiligten, das heisst die Regierung mit ihren engsten Mitarbeitern, die

Parlamentsdienste, an der Spitze mit Giuseppe D'Alelio, die GFK-Mitglieder, und da speziell die Subkommissionspräsidenten, waren intensiv gefordert. Hier allen einen ganz, ganz herzlichen Dank für die aussergewöhnlich hohe zeitliche Belastung und für die intensiven Beratungen. Die Beratungen, speziell die sogenannte Session, waren rekordverdächtig intensiv und lang. Aufgrund der finanziell angespannten Lage war eine intensive Beratung absehbar, aber nicht in diesem Mass. Dies widerspiegelt sich ja auch in den vielen Anträgen gemäss unserem Bericht. Durch die neue Rechnungslegung nach HRM2 ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren teilweise schwieriger. Eine Erläuterung der Veränderungen, wie wir sie im Vorfeld gewünscht hatten, wurde nicht erstellt. Und so gab es viele unnötige Fragen bezüglich hoher Abweichungen beim Sachaufwand. Darum ist auch der Vergleich des Sachaufwandes mit Vorsicht zu betrachten. Dies durch Bruttobuchungen, Weiterverrechnung etc. Der Personalaufwand steigt um 5.5 %, das sind 25 Mio. Franken, gegenüber dem Budget 2024 und 45 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2023. Ab Seite 9 in der Botschaft wird detailliert über die Stellenentwicklung informiert. Um eine klare Übersicht zu erhalten, benötigt man Zeit, gute Augen und viel Verständnis. So gibt es Themen wie Abacus-Programm, Nachführungen von Stellenbestand der Kantonspolizei, Stellen ausserhalb der Staatsrechnung, fremdfinanzierte Stellen etc. Für die folgende Budgetberatung möchte ich Ihnen zwei wichtige Bilanzbestände per Ende 2024 mitgeben: Dies ist das freie Eigenkapital, welches sich mit einem hochgerechneten Aufwandüberschuss für dieses Jahr von rund 130 Mio. Franken per Ende dieses Jahr auf 213 Mio. Franken reduzieren wird. Eine weitere Zahl ist der Saldo der SNB-Schwankungsreserve, welcher sich per 31. Dezember 2024 auf 138.8 Mio. Franken beläuft. Wird es uns bei diesen Zahlen heiss, lauwarm oder kalt? Hier gibt es wiederum verschiedene Meinungen, Gefühle und Theorien. Nun noch einige Worte zur erhaltenen Botschaft von 350 Seiten – mit dem Zahlenteil nochmals 109 Seiten – und der Beratung in der GFK: Das Erstellen dieser Unterlagen ist eine komplexe Aufgabe, aber selbstverständlich auch der vorangehende Budgetprozess versteht sich als aufwendig und mit harten Diskussionen befrachtet. Streichungen und Kürzungen sind nicht beliebt und schmerzhaft, trotzdem gibt es sie immer wieder, mehr oder weniger, wie wir in der GFK-Beratung miterlebt haben und auch in der Detailberatung spüren werden. Die erstellte Verzeichnisliste haben wir wie die Medien erhalten, aber keine zusätzlichen Informationen. Die Begründungen zu den einzelnen Kürzungspositionen haben wir – aufgrund des scheinbar hohen Aufwandes seitens Verwaltung – nicht erhalten. So sind wegen den vielen weiteren Themen und Zahlen schlussendlich nur zwei Kürzungen gemäss Bericht korrigiert worden. So ist aber auch die Frage offen, warum die Regierung nicht überall konsequent Kürzungen getätigt hat. Hier einige Geldempfänger, die vom Regierungsrat unberührt blieben: Thurgau Tourismus, Agro Marketing Thurgau, Smarter Thurgau, Stadttheater St. Gallen. Vermutlich gibt es noch weitere, welche wir nicht entdeckt haben. Im Weiteren verlangten wir von allen Departementen eine Fahrzeugbestandsliste mit Alter, gefahrenen Kilometern, geplantem Ersatz, welche

wir korrekt erhielten und zur Kenntnis nahmen. Wir versuchten, departementsübergreifende Themen zusammen zu klären. Das sind vor allem Bauvorhaben. Eine Verbesserung ist erkennbar, aber es hat noch Potenzial nach oben. Dies zeichnet sich vor allem bei den Liegenschaftengeschäften, in der Botschaft Seite 30 und 31, ab. Hier darf auch bemängelt werden, dass die Informationen sehr spartanisch sind. Um welche Fläche es sich handelt, steht leider nirgends, sonst könnte man wenigstens den Quadratmeterpreis ermitteln. Weitere Informationen würden den leeren Teil so oder so optisch verbessern. Wie erwähnt und auch allen bekannt, war und ist die Budgetberatung sehr intensiv. Dies zeugt aber auch von grossem Interesse und zeigt die nötige Seriosität auf. Nun hat die GFK verschiedene Korrekturen beschlossen. Die Regierung hat ein neues Instrument erfunden respektive die Detailberatung in schriftlicher Form vorgezogen. Dies mit dem Brief vom 12. November 2024. Das ist ja nett. So wissen wir bei unserer Detailberatung die Antwort der Regierung bereits, und wir gewinnen Zeit. Oder werden künftig alle Voten vorgängig im Grossen Rat gestreut? Ich hoffe, dieser Notruf der Regierung ist einmalig. Eintreten ist gemäss § 39 der Kantonsverfassung obligatorisch. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**Sandra Reinhart, GRÜNE:** Im Namen der GRÜNE-Fraktion danke ich dem Regierungsrat und insbesondere der Verwaltung für die Erstellung des Budgets 2025. Die Regierung unterbreitet uns ein Budget, das einen Aufwandüberschuss von rund 15.9 Mio. Franken aufweist. Das ist ein um 26 Mio. Franken besseres Ergebnis, als dies der letztjährige Finanzplan vorsah. Dieses prognostizierte Ergebnis basiert einerseits auf der Korrektur der Steuersenkung von 2022 um die 8 Prozentpunkte und auf massiven Einsparungen und Kürzungen in allen Bereichen und in allen Departementen. Zuerst zu den Einsparungen und Kürzungen: Die GRÜNE-Fraktion sieht Einsparungen als wichtiges Element, um den Finanzhaushalt wieder ins Lot zu bringen. Das, obwohl die Ausgabenstabilisierung gemäss § 35 des Finanzhaushaltsgesetzes während der gesamten Planperiode gut eingehalten werden kann. Das zeigt, dass wir ein Einnahmen- und nicht ein Ausgabenproblem haben. Wie gesagt, obwohl wir die Ursache für die finanzielle Schieflage des Kantons bei den Einnahmen sehen, begrüssen wir Korrekturen und Anpassungen auf der Ausgaben-seite. Die Ämter wurden zum Sparen angehalten, nicht alle Anträge, zum Beispiel auf zusätzliche Stellen der Ämter, wurden von der Regierung gutgeheissen und ins Budget aufgenommen. Die GRÜNE-Fraktion dankt für die Anstrengung im Budgetprozess, für die sorgfältige Prüfung der einzelnen Aufwandpositionen, für die zahlreichen Budgetrunden, dank denen dieses Budget mit diesen Zahlen vorliegt, und ohne diese das prognostizierte Ergebnis bedeutend schlechter aussehen würde. Der Rotstift wurde scharf angesetzt, einige gestrichene oder gekürzte Positionen würden das Rechnungsergebnis nur minim beeinträchtigen, aber eine grosse Wirkung erzielen. Ich denke da an Positionen für die Biodiversität, die massiv gekürzt wurden, Beiträge an Organisationen, die sich mit grosser

Wirkung für Biodiversität einsetzen, oder auch an Budgetpositionen für soziale Einrichtungen und Verbände, oder die Gelder für die Individuelle Prämienverbilligung (IPV). Es fehlen Gelder für jene, die auf Unterstützung angewiesen sind. Es fehlen Gelder für die Förderung der Biodiversität, es fehlen Gelder für die Förderung der Energiewende. Wir behalten uns deshalb vor, in der Detailberatung bei einzelnen Positionen Anträge zu stellen, um unverhältnismässige Kürzungen zu korrigieren. Auf der anderen Seite sehen wir an der einen oder anderen Stelle aber durchaus zusätzliches Sparpotenzial. Auch da stellen wir voraussichtlich noch Anträge. Nun zum Steuerfuss: Da ist die Haltung der GRÜNE-Fraktion bekannt. Wir haben die Senkung auf 2022 nicht nur abgelehnt, wir haben Jahr für Jahr den Antrag gestellt, diese Senkung zu korrigieren. Wir haben den Finanzplan ernst genommen, waren uns der Tatsache bewusst, dass die Zahlungen der Schweizerischen Nationalbank ausserordentliche Einnahmen sind, ebenso wie die Dividenden der TKB und auch die hohen Zahlungen aus dem Finanzausgleich. Wir dürfen uns nicht vollständig auf solche Zahlungen, auf solch ausserordentliche Eingänge abstützen. Wir haben davor gewarnt, uns auf solche Einnahmen zu verlassen, die wir nicht beeinflussen können. Für stabile Staatsfinanzen brauchen wir zuverlässige Einnahmen in Form von Steuern. Wir dürfen nicht auf unbeeinflussbare volatile Zahlungen bauen. Unsere Forderungen, den Steuerfuss zu korrigieren, fand bisher keine Mehrheit. Für unsere Fraktion ist es also höchste Zeit, dass diese Korrektur nun für 2025 umgesetzt wird. Die Regierung schlägt 8 Prozent vor, obwohl der Finanzplan und die Finanzstrategie zeigen, dass es eigentlich mehr braucht, damit wir in Sachen Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum mithalten und wichtige Investitionen tätigen können. Der Antrag der GFK, den Steuerfuss bei 109 Prozent zu belassen, ist für uns unverständlich, ja sogar verantwortungslos. Eine Korrektur um 8 Prozent ist für die GRÜNE-Fraktion also ein Kompromiss. Dieses Jahr verzichten wir auf einen Antrag, den Steuerfuss weiter zu heben. Wir unterstützen den Vorschlag der Regierung einstimmig. Die Regierung beantragt, die auslaufende Staatsanleihe zu erneuern und auf maximal 300 Mio. Franken aufzustocken. Ja, wir brauchen dieses Geld. Der Aufwandüberschuss beträgt zwar lediglich 15.9 Mio. Franken, also der Vorschlag der Regierung zumindest, der Vorschlag der GFK sieht ja sogar einen Aufwandüberschuss von über 69 Mio. Franken vor. Der Finanzierungsfehlbetrag beträgt also gemäss Regierung 151 Mio. Franken, gemäss Vorschlag GFK sogar 174 Mio. Franken. Und es folgen ja bekanntlich noch weitere Jahre mit hohen Ausgaben. Also ist die Aufstockung der Staatsanleihe unumgänglich. Die insgesamt 600 Mio. Franken bis 2028 werden nicht reichen, sollten wir dem Vorschlag der Regierung beim Steuerfuss nicht folgen. 600 Mio. Franken Schulden: Das bedeutet auch Kapitalkosten. Obwohl die Regierung einige Projekte zurückgestellt oder vorläufig zurückgestellt und eine Priorisierung der anstehenden Projekte vorgenommen hat, stehen grosse Investitionen an. Die Bevölkerungszahlen im Thurgau werden im Vergleich zum Rest der Schweiz überproportional zunehmen. Das wurde mehrfach kommuniziert. Das erfordert Investitionen in Infrastruktur, das erfordert aber auch mehr Kapazitäten und somit mehr Potenzial bei der Polizei, bei der Staatsanwaltschaft

und in den Ämtern. Die GRÜNE-Fraktion erachtet es als wichtig, dass es keinen Investitionsstau gibt, und es muss uns bewusst sein, dass verzögerte Investitionen teilweise zu mehr Kosten führen, dass also langfristig mehr Kosten verursacht werden. Wir prüfen die Investitionen, aber auch die zukünftigen Projekte und kommen allenfalls in der Detailberatung und bei einzelnen Beschlüssen darauf zurück. So zum Beispiel beim Schiessausbildungszentrum Thurgau, da ist ein Teil der Fraktion der Ansicht, dass das nicht in die gebundenen Aufgaben aufgenommen werden soll. Den im Budget eingerechneten Lohnanpassungen von 0.5 % genereller Erhöhung und 1 % individueller Anpassung stimmen wir zu. Der Kanton steht als Arbeitgeber in direkter Konkurrenz zu anderen Kantonen wie Zürich und St. Gallen. Der Kanton Thurgau muss ein attraktiver Arbeitgeber sein, damit wir qualifiziertes Personal finden und dieses auch halten können, und damit wir gute Arbeit geliefert bekommen. Ich fasse zusammen: Die GRÜNE-Fraktion würdigt die grosse Disziplin bei der Prüfung der Ausgaben, sieht teilweise weiteres Potenzial, an anderen Stellen sind die Kürzungen unangemessen. Der Antrag der GFK, den Steuerfuss bei 109 Prozent zu belassen, ist verantwortungslos. Wir wollen keinen hochverschuldeten Kanton, wir lehnen das ab. Wir sind geschlossen der Ansicht, dass die durch die Regierung vorgeschlagene Korrektur des Steuerfusses um 8 Prozent in Anbetracht des Finanzplans und der Finanzstrategie ein Kompromiss ist, und wir stimmen dem zu. Wir werden uns in der Detailberatung weiter äussern und die Anträge nicht heute im Detail erläutern, aber rechtzeitig den Fraktionen, wie auch dem Präsidium, zukommen lassen.

**Hermann Lei, SVP:** Die SVP Thurgau setzt sich gemeinsam mit ihren bürgerlichen Partnern entschieden dafür ein, die Bürger vor zusätzlichen Belastungen zu schützen und den Finanzhaushalt des Kantons nachhaltig zu stabilisieren. Steuererhöhungen, wie sie der Regierungsrat vorschlägt, lehnen wir ab. Der Kanton hat kein Einnahmen-, er hat ein Ausgabenproblem. Was sind unsere Lösungsansätze? Zwei sind es. Erstens: Fokus auf die Kernaufgaben. Der Kanton muss sich auf zentrale Aufgaben konzentrieren. Regelmässige Überprüfungen müssen unnötige Aufgaben identifizieren und eliminieren. Ich war sehr lange in der Geschäftsprüfungskommission, ich weiss, dass das geht und dass das ohne Schaden für den einzelnen Bürger abgeht. Wir verlangen auch die Aufnahme einer regelmässigen Überprüfung der Staatsaufgaben in die Verfassung. Wir fordern, dass der Regierungsrat eine Botschaft erstellt mit klaren Vorschlägen zum Aufgabenverzicht. Das ist jetzt aber nur Zukunftsmusik. Ich hoffe dennoch, dass es der Regierungsrat gehört hat. Zweitens, zum Budget Folgendes: Wir müssen die Kantonsausgaben unter Kontrolle bringen. Trotz anderslautender Behauptungen der Regierung steigen die Ausgaben im Budget 2025 erneut an, inklusive einem Stellenwachstum von 155 neuen Stellen, 20 % mehr Personalkosten im Vergleich zu 2020. Dies zeigt: Es sind zu wenig echte Sparmassnahmen erkennbar, auch wenn wir durchaus schätzen, dass der Regierungsrat sich bemüht hat, die Ausgaben nicht noch weiter steigen zu lassen. Und jetzt zu unseren konkreten Vor-

schlagen: Wir haben bereits angekündigt, und auch probiert, das in der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission durchzusetzen oder zu propagieren: Budgetentlastung im Umfang von etwa 40 Mio. Franken. Leider sind einige unserer Anträge nicht auf Unterstützung gestossen in der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission. Ich habe aber mit Vergnügen gehört von meiner Ratskollegin Sandra Reinhart, dass auch die GRÜNEN Einsparungen als wichtig ansehen, und da freue ich mich dann auf die Unterstützung. Wir werden dann noch einen Antrag hören auf eine lineare Kürzung, ich komme nachher nochmals darauf zurück. Nichtsdestotrotz haben wir uns vorbereitet auf individuelle Anträge. Und wie es so der Brauch ist offensichtlich, soll man die ankündigen. Wir haben eben unsere Hausaufgaben gemacht. Ich werde diese jetzt ankündigen, dass die Leute mit der Exceltafel sich da schon einmal vorbereiten können. Ich darf aber schon sagen, dass, wenn wir diese lineare Kürzung, die ich eben sehr sinnvoll finde, durchbringen, das dann natürlich auch den Druck auf diese individuellen Kürzungen etwas wegnimmt. Ich komme darauf noch zurück. Aber eben, jetzt kommt eine längliche Ankündigung von Anträgen, die wir stellen wollen oder bei Bedarf stellen wollen, die Sie bitte über sich ergehen lassen wollen.

**Präsident:** Entschuldigen Sie, Kantonsrat Hermann Lei, könnten Sie dies nach dem Eintreten erläutern? Damit wir zuerst alle hören, was es zum Eintreten zu sagen gibt.

**Hermann Lei, SVP:** Das kann ich mit Vergnügen machen, da bin ich so flexibel. Sagen Sie mir, wann ich sprechen soll. Dann werde ich noch auf diese linearen Kürzungen zu sprechen kommen, die Fraktionskollege Ruedi Zbinden dann beantragen wird. Da muss man eben offenbar nach § 22 Abs. 2 GOCR schon heute darüber befinden. Ich frage mich, ob das wirklich notwendig wäre, aber wir machen es jetzt. Diese linearen Kürzungen sind meines Erachtens sehr sinnvoll. Das wurde im Regierungsrat auch schon gemacht. Da kann jedes Departement selbst schauen, wo es noch Spielraum gibt und wo nicht. Und ich darf Ihnen, vor allem auch den GRÜNEN mit ihrem guten Willen, den sie heute gezeigt haben, wärmstens empfehlen, das dann zu unterstützen. Und damit komme ich vorläufig schon zu meinem Schluss: Der Mittelstand ist heute schon durch höhere Mieten, höhere Energiekosten und höhere Krankenkassenprämien schwer belastet, und unser Ziel bleibt deshalb klar eine nachhaltige Ausgabensenkung statt Steuererhöhung, für eine spürbare Entlastung der Bürger.

**Barbara Dätwyler Weber, SP und Gew.:** Die Fraktion SP und Gewerkschaften hat sich in mehreren Sitzungen auf die Debatte zum Voranschlag 2025 vorbereitet. Besonders sauer ist uns dabei der Angriff auf Stellen aufgestossen, die zur Aufgabenbewältigung per Gesetz nötig wären, zum Beispiel bei der Polizei, das "Streichkonzert" im Gesundheitsbereich und Verschiebungen bei den Schulhausbauten und Museen. Das löst Fragen und Unmut aus. In einigen Punkten sind wir mit der Regierung einig und unterstützen deren Vorschläge. Mit einem Grossteil der Änderungen, welche in der GFK vorgenommen wurden,

sind wir hingegen nicht einverstanden. Grundsätzlich möchten wir festhalten, dass die Steuerfussanpassung auf 2022 eine zu viel war, und wir nun dringend korrigieren müssen. Wir haben es schon immer gesagt – aber lassen wir das. Die Auswirkungen auf den Staatshaushalt waren sehr, sehr kurzfristig angedacht und funktionieren zwei Jahre später überhaupt nicht mehr. Nun möchte der Regierungsrat diese Anpassung wieder rückgängig machen, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Völlig blauäugig hat die GFK die Rücknahme der Steuerreduktion jedoch gekippt. Selbst mit der Rücknahme gelingt eine Stabilisierung der Finanzen nur bedingt, denn weiterhin wird fleissig mit SNB-Millionen und Finanzausgleichsgeldern als Entschädigung gerechnet. Obwohl wir alle wissen, in welcher Krise die Wirtschaft und der Bund stecken. So rutschen wir unweigerlich in eine Verschuldung rein, was wiederum bedeuten würde, dass alle sparen müssen. Das tut dann richtig weh. Ich erinnere da an die Leistungsüberprüfung (LÜP) und das Haushaltsgleichgewicht (HG2020). Keiner will davon etwas wissen, und alle machen den Vogel Strauss. Am Schluss der Nahrungskette sind die Gemeinden, und die sollen dann möglichst alle und alles auffangen und zuversichtlich sein. Dagegen geht die Fraktion SP und Gewerkschaften mit dem Regierungsrat einig, dass es eine Anpassung von 8 % des Steuerfusses braucht, weil die Auswirkungen genau bei jenen Bevölkerungsschichten spürbar sind, deren Politik wir uns auf die Fahne geschrieben haben. Ohne diese Anpassung ist das Budget für uns nicht annehmbar. Der Service Public wie Energieversorgung, Bibliothek, ÖV und Kultur, um nur einige zu nennen, ist jedoch nicht allein Aufgabe des schwächsten Gliedes in der Kette, sondern eine Verbundaufgabe von allen Playern. Daher finde ich den Aufschrei des Finanzministers schon etwas schräg, der gegenüber dem Bund so laut und deutlich auftritt, jedoch vor der eigenen Haustür dann dasselbe veranstaltet. Wir sollten betreffend Service Public endlich anfangen zu definieren, was wir wollen, was es uns wert ist, und nicht einfach ein wahlloses "Streichkonzert" veranstalten, wie es die SVP angekündigt hat. Das ist einfach nur Willkür pur und trifft die Schwächsten der Gesellschaft, auch im Kanton Thurgau. Kinder, Jugendliche und die Gesundheit der Bevölkerung scheinen nicht unbedingt im Fokus der Regierung und der GFK zu sein. Dafür bauen wir munter weiter unnötige Strassen und machen Werbung für Unternehmen. Es geht hier doch um alle, nicht nur um wenige, und eine Strategie der leeren Kassen führt zu nichts anderem als einer Erweiterung der Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt und Unternehmern und Arbeitnehmenden. Das ist für uns inakzeptabel, denn auch die Kantonsrätinnen und Kantonsräte der Fraktion SP und Gewerkschaften sind Volksvertreter und bilden einen grossen Teil der Bevölkerung ab. Weniger Abgeltungen im ÖV – zu Lasten der ÖV-Nutzenden und der Umwelt; sparen bei den Mittelschulen – zu Lasten der Jugend; Stellenstreichungen im DBU und DJS – Sicherheit geht doch wohl vor; Entnahmen aus der Biodiversitätsspezialfinanzierung – hä, hat da nicht gerade das Volk darüber abgestimmt und alle politischen Lager haben deklariert, "momoll", Biodiversität ist wichtig, die braucht unsere Umwelt, und wir nehmen den Volksentscheid ernst? Die Verschiebung

von Projekten im DBU wird ein Bumerang, wenn die Baukosten steigen werden, aber probieren kann man es ja. Und dann noch die Einsparungen von Beiträgen an Gesundheitsorganisationen und allgemein im Gesundheitsbereich: Pro Infirmis, Perspektive, Conex familia, IPV-Gelder, Ergänzungsleistungen, Restkosten in der Langzeitpflege usw., also sparen bei den Schwächsten, nämlich den Kindern, Betagten sowie beeinträchtigten Mitmenschen dieser Gesellschaft. Statt niederschwellig in präventive Massnahmen zu investieren, kostet das dann einfach bei einem anderen Kässeli viel Geld – meist bei den Gemeinden, liebe Gemeindevertretungen. Wir behalten uns deshalb vor, an den entsprechenden Stellen Anträge zu stellen, insbesondere auch dort, wo der Vorschlag der GFK noch schlechter ist als das ursprüngliche Budget der Regierung. Eine Weiterentwicklung sollte auch im Kanton Thurgau jederzeit möglich sein, und den Rotstift wahllos anzusetzen, ohne Planung und ohne offene Kommunikation, was an Dienstleistungen zusammengestrichen wird, ist einfach nur blauäugig. Der Vorschlag der GFK fährt unseren Kanton an die Wand und vernichtet das Eigenkapital des Kantons innert Kürze. Wenn der Thurgau dann pleite ist, erwartet uns die Demontage unseres Kantons, und da kommen wir nun noch zum letzten meiner Punkte: Völlig inakzeptabel ist der vorhersehbare Angriff auf die minimale generelle Lohnanpassung beim Personal. Die 0.5 % decken nicht einmal die Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise ab. Aber "chrampfen" dürfen sie dann alle für uns. Die Herausforderung, genug Werkhofmitarbeiter, Juristinnen, Ingenieure in Tiefbau und Verkehr sowie Agrarwissenschaftler, Staatsanwälte, Polizistinnen, Lehrpersonen, Umweltspezialistinnen und Sachbearbeiter, freundliche und kompetente Empfangspersonen, Laboranten usw. zu finden, ist jetzt schon riesig. Vor allem auch, Auszubildende für alle Lehrstellen bei der kantonalen Verwaltung zu finden, um neue Generationen von Fachspezialisten im Steuer-, Finanz- und Sozialbereich auszubilden, um nur einige zu nennen, ist eine Herkulesaufgabe. Die kantonale Verwaltung ist ein Dienstleistungsbetrieb. Ohne Menschen, die diese Dienstleistungen erbringen, funktioniert gar nichts, weder bekommen Sie als Mitglied des Kantonsparlaments eine Tagesordnung, ein Protokoll, Sitzungsgeld oder Unterlagen – und schon gar nicht digital aufgeschaltet. Also überlegen Sie sich gut, was Sie hier für Aussagen machen und gleichzeitig in Ihren Betrieben und Gemeinden Lohnerhöhungen sprechen. Nur weil es eine gewisse Menge an Personen sind, arbeiten diese Menschen nicht für ein Butterbrot, sondern mit Herzblut für unsere stolze Heimat Thurgau, der leider als Arbeitgeber je länger je unattraktiver wird. Die Fraktion SP und Gewerkschaften ist bereit, sich einzusetzen, nicht nur bei Schönwetterlagen, sondern auch in schwierigen, herausfordernden Zeiten. Geben Sie sich einen Ruck und arbeiten Sie mit uns und nicht gegen die Thurgauer Bevölkerung.

**Reto Ammann**, GLP: Danke zuerst einmal für die Erstellung des Budgets an alle Beteiligten – an die Regierung und auch an die Verwaltung. Vorerst aber eine kleine Vorbemerkung: Das Budget beansprucht in diesem Jahr mehr Zeit des Parlaments als in den vergangenen Jahren, was oft ein Zeichen einer Unwetterperiode ist. Umso unverständlicher,

dass der Prozess – trotz diverser, darauf hindeutender Vordebatten – quasi um fünf vor zwölf das Parlament respektive die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) sehr aktiv miteinbezieht. Für die GFK ist es ärgerlich, dass nun nach all den Besprechungen neue Kommentare der Departemente über die Regierung an uns zugestellt werden. Diese gehören zuerst erneut in die GFK und erst dann in den Grossen Rat. Alles andere ist aus unserer Sicht eine Desavouierung der GFK, auch wenn es der Präsident der GFK sehr salopp und anders ausgedrückt hat. Fazit daraus: Der ganze Prozess ist zu spät und muss in Zukunft früher gestartet werden – nicht dann, wenn alles gedruckt vorliegt. Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend. Dies führt zu operativer Hektik, Vorwürfen – ich zitiere: "von Planlosigkeit" – und ist letztendlich nicht vertrauensbildend. "Tit for tat", oder "Wie du mir, so ich dir", darf nun aber nicht als Retourkutsche eine vertrauensschädigende Antwort sein. Wir bitten deshalb darum, dass der Prozess, wenn irgendwie möglich, nach vorne gezogen und optimiert wird. Die Inkaufnahme von zwei schlechten Budgetjahren, die jetzt drohen, soll damit möglichst vermindert und nicht mit raschen Pyrrhussiegen auf der einen oder auf der anderen Seite kurz vor zwölf noch erledigt werden. Der Staatshaushalt wächst schneller als die Einnahmen, die zudem volatiler geworden sind. Im aktuellen Budgetjahr fehlen die Einnahmen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und grössere positive Finanzausgleichszuschüsse, die erst im Jahr 2028 greifen werden. Diese Unsicherheiten müssen und können wir auch aushalten und dabei auch ruhig bleiben. Statistisch gesehen gab es seit der SNB-Gründung, und diese war vor über 100 Jahren, genau zweimal keine Ausschüttung im Folgejahr, und genau dafür haben wir letztlich Reserven aufgebaut. Wir sollten in der Lage sein, drei, vier SNB-Nichtausschüttungen zu verkraften und auch die Reserven rasch wieder aufzubauen. Ob es bereits im nächsten Jahr Ausschüttungen geben wird, ist noch offen. Es fehlen aber nur noch 2.5 Mia. Franken für die Tilgung von 53 Mia. Franken und eine erneute Ausschüttung, wie sie nach den US-Wahlen und erneut gestiegenem Goldpreis sowie bei den Aktienmärkten, die nach oben geschossen sind, absolut realistisch ist. Wir haben dieses Szenario übrigens am 26. August bereits erwähnt und in einer Medienmitteilung festgehalten. Dass der Kanton nach dem Vorsichtsprinzip in seinen Finanzplänen mit niedrigen SNB-Ausschüttungen rechnet, ist dennoch richtig und wird von der GLP-Fraktion unterstützt. Wir lehnen jedoch ab, dass letztlich Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen die jetzt fehlende zweifache SNB-Ausschüttung berappen und die steigenden kantonalen Ausgaben durch Steuererhöhungen ausgeglichen werden sollen. Die GLP-Fraktion lehnt die Steuererhöhung einstimmig ab. Die Bürger kämpfen mit steigenden Lebenserhaltungskosten und die exportorientierte Wirtschaft mit Unsicherheiten. Es braucht gerade heute und jetzt in unserer Zeit andere Lösungen, als einfach zuerst Mehrwertsteuererhöhungen, Steuererhöhungen beim Bund, bei den Gemeinden und nun auch noch auf Kantonsebene den Bürgerinnen und Bürgern aufzulasten. Die bezahlen das alles. Ich glaube, es liegt an uns, dass wir auch andere Lösungsvarianten suchen. Die Thurgauer Wirtschaft braucht offene Märkte und ein gutes Verhältnis zur

Europäischen Union (EU). Politisch nationale – nicht kantonale – Versäumnisse des Aus-sitzens im Herbst sind eine Hypothek, und gerade zusätzliche kantonale Steuererhöhun-gen treffen letztendlich die betroffene Peripherie, also diejenigen Kantone, die an der Grenze sind, also den Thurgau. Es würde die Falschen treffen. Es braucht Entlastungen, nicht Belastungen. Wir müssen das Aufgabenwachstum in den Griff bekommen durch Auf-gabenverzicht, schlanke Prozesse und eine gezielte Beurteilung, wo die notwendigen Massnahmen auch extern mit gleicher Qualität allenfalls kostengünstiger bezogen werden könnten. Das Ergebnis wird dann eine sinkende Staatsquote, spürbare Entlastung und ein nachhaltiges Haushaltsgleichgewicht sein. Der Kanton ärgert sich zurecht, wenn der Bund Aufgaben und Kosten delegiert. Er kann das seinen Ständeratsvertretern mitteilen. Der Kanton sollte jetzt aber nicht dasselbe mit Dritten und den Gemeinden machen. Für die GLP-Fraktion ist der Ruf nach Steuererhöhungen verfrüht und setzt am falschen Ort an. Steuererhöhungen verhindern langfristig notwendige Prozesse auf der Ausgabenseite. Der Thurgau hat notabene noch nie so viel eingenommen wie aktuell. Wir sollten deshalb nicht die Wirtschaft jetzt schwächen, gerade weil wir nicht wissen, was mit Europa, der EU und den bilateralen Abkommen passiert. Es war als Kompromiss auch der Ruf nach einer vierprozentigen Steuererhöhung einmal da. Doch Hand aufs Herz: Würde eine solche jetzt beschlossen, dann würden keine wirklichen Überprüfungen stattfinden, ob man auf Auf-gaben verzichtet, Prozesse optimieren oder Ausgaben in Zukunft auslagern könnte. Das einzige, was dann stattfinden würde, ist genau das, was jetzt passiert ist; das sind weiter-hin schmerzliche Einsparungen, aber für die gleiche Leistung; und das bei Dritten oder bei den Gemeinden. Das trifft aus oben genannten Verschiebungsstrategien die Falschen. Deshalb sollten wir das Jahr 2025 jetzt aber nutzen und gemeinsam nach Aufgaben su-chen, die man in Frage stellen oder besser lösen könnte. Findet man im Prozess keine Verbesserungen und keine Aufgaben, auf die man wirklich verzichten könnte oder wollte – können kann man immer, wenn man will –, dann ginge es letztlich auch aus unserer Sicht nur über Mehreinnahmen; sehr wahrscheinlich. Vielleicht hat ja jemand eine gute Idee, wie man das sonst lösen könnte... Aber wir müssen das Ausgabenwachstum und die Einnahmen in Einklang bringen. Ich sage das im Wissen, dass vielleicht der Vorwurf kommen könnte, dass man doch konkret sagen solle, wo ein Aufgabenverzicht noch mög-lich wäre. Das ist berechtigt. Und ganz ehrlich gesagt, ich bin nicht sicher, ob jemand hier im Parlament das heute schon mit Sicherheit sagen kann. Aber: Dafür, dass man das kann, spricht allein die Menge an Aufgaben. Und dass dies ausserhalb der Verwaltung jedes Unternehmen immer wieder machen muss, das spricht auch dafür. Aber man wird das erst finden, wenn man sich wirklich die Mühe macht, genau hinzuschauen. Es braucht jetzt für diesen Prozess aber nicht ein "Mit-dem-Finger-auf-andere-zeigen", weil drei Fin-ger dann auf einen selbst zeigen, sondern ein "Sich-die-Hände-reichen" und gegenseitiges Verständnis. Es braucht auch keine überstürzten Massnahmen oder einen Rundum-schlag, der sich auf die nachfolgenden Generationen oder auf unsere Umwelt negativ aus-wirken könnte. Ich hoffe, wir können diese Budgetdebatte auch etwas gelassen aushalten.

Danach können wir entscheiden, ob wir gemeinsam erfolgreich waren oder ob die Wirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger, über eine Steuerfusserhöhung bezahlen müssen, da wir auf nichts verzichten wollen, oder ob wir einen Kompromiss gefunden haben, wo wir es können. Zum Thema Lohnerhöhung: Es gilt – mit Augenmass angesichts der Budgetlage – den Status quo inklusive Teuerung zu halten. Wir unterstützen den GFK-Vorschlag, auch wenn die Teuerung mit 1.1 % aktuell sogar tiefer ist und man sogar noch etwas heruntergehen könnte. Trotzdem: Die GLP-Fraktion erachtet es – im Sinne eines Zeichens – für richtig, dass man dem GFK-Antrag folgt. Der Hinweis auf andere Kantone, wie er jetzt vorgängig schon zweimal gemacht worden ist, die mehr zahlen, finde ich persönlich sehr schwierig. Das gilt letztendlich für alle Löhne, nicht nur für die kantonalen, sondern auch für die Gemeindelöhne; für jeden Lohn von jeder Person in jedem Betrieb, bei denen wir uns immer vergleichen müssen. Das ist also nicht etwas, was nur kantonale Löhne betrifft. Löhne sind immer Hygiene- und nie Motivationsfaktoren. Für die Detailberatung in zwei Wochen haben wir in unseren Vorbereitungen diverse Positionen gefunden, die gestrichen werden könnten, ohne die Löhne anzutasten. Wir kamen auf 6 Mio. Franken. Die GFK hat viele dieser Punkte in Anträgen festgehalten und uns diese als GFK-Vorschläge unterbreitet. Wir unterstützen die Anträge unserer GFK als Ganzes, auch wenn wir bei einigen Punkten weiter oder weniger weit gegangen wären. Eine umfassende Debatte zu jedem einzelnen Punkt würde aber zu ähnlichen Ergebnissen führen. Deshalb tragen wir den Vorschlag mit und verzichten auf Schaulaufübungen ohne Chancen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Rat. Bei ganz knappen Ausgangslagen haben wir uns jedoch jeweils ein eigenes Meinungsbild gemacht, falls allfällige Anträge kommen würden. Anträge, die gleich nachher dann kommen, haben wir in drei Bereichen: Im Bereich Smart Justice – ich kann das nachher erläutern –, bei der Polizei, bei den zivilen Angestellten, sowie auch bei einem Objektkredit, den wir aber nachher stellen, gemäss Grossratspräsident. Last but not least – ganz zum Schluss: Ein Budgetprozess verlangt allen viel ab. Es wird gerungen und nach Lösungen gesucht. Da gibt es kein "richtig" und auch kein "falsch". Deshalb seitens der GLP-Fraktion: Vielen Dank an alle, die sich für ihre Ansichten ins Zeug legen. Wir müssen gegenseitig weiterhin fair und respektvoll bleiben. Danke der Regierung und der Verwaltung für die bestmögliche Umsetzung der nachher – in zwei Wochen – beschlossenen parlamentarischen Anträge oder Beschlüsse. Last but not least: Danke an die GFK für die Arbeit und den überarbeiteten Budgetvorschlag für die Detailberatung. Ich bin überzeugt, dass wir, wenn wir in dieser Budgetdebatte die richtigen Schlüsse ziehen, in Zukunft dann auch die Probleme, die anstehen, gemeinsam gut lösen werden.

**Gabriel Macedo**, FDP: Nach mehreren Jahren mit positiven Rekordergebnissen stehen wir nun in einer Zeit mit weniger guten Rechnungsabschlüssen. Wir stehen offensichtlich vor finanzpolitischen Herausforderungen. Wir sind aber überzeugt, dass diese lösbar sind. Die FDP-Fraktion ist bereit, die Situation gemeinsam mit dem Parlament, der Regierung und der Verwaltung pflichtbewusst anzugehen, Rahmenbedingungen zu schaffen und auf

Mikromanagement zu verzichten; dies mit einem positiven Mindset und fokussiert. Was meinen wir damit? Wir sind zuversichtlich, dass es für jede Herausforderung eine Lösung gibt. Wir denken weitsichtig, um die strukturellen Probleme langfristig zu lösen, und wir agieren wirkungsorientiert, damit wir bei einem Budget von 2.6 Mia. Franken nicht beginnen, Erbsen zu zählen. Mit diesen Leitgedanken hat die FDP-Fraktion das Budget 2025 in mehreren Sitzungen in der Fraktion beraten. Ich bedanke mich im Namen der Fraktion beim Regierungsrat und der Verwaltung für die Budgeterarbeitung, und auch der GFK sprechen wir unseren Dank für die intensive Vorberatung aus. Wir Freisinnigen erkennen und anerkennen, dass die Verwaltung und der Regierungsrat sich sehr intensiv und in mehreren Runden mit dem Budget auseinandergesetzt haben. Die Sparbemühungen sind erkennbar und haben das Resultat verbessert. Vielen Dank für diesen ausserordentlichen Einsatz. Es gibt aber auch einige Punkte, die wir kritisieren. Die strukturellen Probleme sind nicht über Nacht entstanden. Die SNB-Gelder haben das Problem einfach hübsch kaschiert, und wir hätten uns vom Regierungsrat schon viel früher grundlegende Massnahmen gewünscht. Weiter irritiert uns der ständige Fingerzeig auf das Parlament wegen der Steuerfussreduktion. Die Reduktion wurde ordentlich vom Grossen Rat beschlossen, und das gilt es zu akzeptieren, das ist Vergangenheit. Zudem vergisst der Regierungsrat immer wieder, dass er dem Parlament damals ebenfalls eine Senkung von 5 Steuerprozenten beantragt hat. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass die Steuersenkung richtig und wichtig war. Vom Regierungsrat fehlen uns zudem die grossen grundlegenden Verbesserungsmassnahmen. Die Aufgaben bei den ungebundenen Ausgaben wurden, soweit wir das nachvollziehen können, sehr gut gemacht, aber das grosse Problem liegt in unserem Kanton bei den gebundenen Ausgaben. Die gebundenen Ausgaben, die müssen wir angehen – dort liegt der Hebel, und dort liegt die Hauptursache für das strukturelle Problem. Wenn wir es nicht schaffen, jede Aufgabe zu prüfen und sie auf ihre Notwendigkeit zu hinterfragen, müssen die Steuern tatsächlich irgendwann erhöht werden. Das wollen wir aber nicht. Wir wollen ein attraktiver, schlanker Kanton bleiben, und wir sind diesbezüglich bereit, die Ärmel hochzukrempeln. Aber genau bei den gebundenen Ausgaben vermissen wir grundlegende, strukturbereinigende Vorschläge der Regierung. Wir sind uns den unterschiedlichen Rollen der Regierung und des Grossen Rates sehr wohl bewusst, und die Rollen dürfen nicht vertauscht werden. Die Gesetze macht das Parlament, doch welche gesetzliche Grundlage dann in der Ausführung für welche Kostensteigerung verantwortlich ist, das ist für das Parlament schwierig erkennbar. Wir sehen nicht, hinter welchem Paragraphen welches Preisschild hängt. Wir wollen vom Regierungsrat konkret wissen, bei welchen Erlassen die Kostentreiber vorhanden sind. Die Regierung ist die oberste ausführende Gewalt. Sie kann uns sagen, welche gesetzliche Grundlage ungebremste Kosten verursacht, und auf welche Aufgaben in Zukunft verzichtet werden könnte. In herausfordernden Situationen braucht es auch klare Führung. Wir wünschen uns im Rahmen der vorliegenden finanzpolitischen Herausforderungen mehr Führung. Es braucht

nun grundsätzliche Überlegungen und Lösungsschritte. Ein Schreiben des Regierungsrates an den Grossen Rat, in welchem von der GFK vorgenommene Kürzungen "gebodigt" werden, ist dabei nicht zielführend. So drehen wir uns im Kreis, Lösungen liegen in weiter Ferne, und die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative verhärtet sich zunehmend. Wie schon gesagt: Die FDP ist bereit, die Ärmel hochzukrempeln. Das Budget 2025 zeigt aber, dass der Budgetprozess eben auch nicht passt, wenn man grundlegende Richtungsänderungen einschlagen will. Anstatt einem grossen Bild vor Augen zu folgen, ist das Parlament nun beim Mikromanagement angelangt. Apropos Parlament: Auch wir müssen lernen, kostenbewusster zu beschliessen und zurückhaltender bei den Vorstössen zu werden. Unsere Aufgabe ist es, zu politisieren, und es ist unsere Aufgabe, zu diskutieren, klar. Aber nicht wiederholend und populistisch. Zum Budget: Die FDP-Fraktion möchte die Vorarbeit der Regierung, der Verwaltung und auch der GFK würdigen. Wir müssen nach den intensiven Beratungen aber leider feststellen, dass bei der vorliegenden Ausgangslage jeder Antrag wirklich nur ein kleiner Tropfen auf den heissen Stein ist und wir im Parlament in ein Mikromanagement verfallen werden – insbesondere auch, wenn man nun die bereits angekündigten Anträge hört und anschaut. Wir sind daher klar der Meinung, dass eine pauschale Kürzung der Globalbudgets der fairste, effizienteste und auch der nachhaltigste Weg ist, um nochmals mehr zu sparen, als der Regierungsrat es uns vorgeschlagen hat. Es wäre damit aber auch eine saubere Rollenverteilung, denn der Regierungsrat und die Verwaltung wissen doch viel besser als wir, wo innerhalb eines Globalbudgets gespart werden kann. Mit einer pauschalen Kürzung geben wir klare Rahmenbedingungen bekannt, und der Regierungsrat kann innerhalb dieser Rahmenbedingungen flexibel entscheiden und umsetzen. An der Beibehaltung des Steuerfusses auf der aktuellen Höhe halten wir fest; und das nicht einfach, weil wir die FDP sind und wir uns sowieso gegen jede Steuererhöhung wehren. Das ist nicht so, das ist Schubladendenken. Wir haben das intensiv und verantwortungsbewusst in der Fraktion besprochen. Wir verweigern uns dieser Diskussion nicht. Wir sind nicht per se und für immer einfach gegen eine Erhöhung. Sie kommt für das nächste Jahr – wir reden über das Budget 2025 – aber nicht in Frage. Wir würden damit den Druck wegnehmen, und die grundlegenden Strukturveränderungen würden nicht angegangen werden. Wir sind daher gar nicht unglücklich darüber, dass es so ist, wie es nun ist, denn wir werden nun gezwungen, die Leistungen und die Aufgaben des Staates zu hinterfragen. Dazu sind alle eingeladen: das Parlament, der Regierungsrat und sämtliche Mitarbeitende der Verwaltung. Und wir betonen gerne: Die Expertise ist bei den Mitarbeitenden, und wir schätzen diese sehr. Sie wissen, was die Bürgerinnen und die Bürger wirklich wollen, brauchen und nachfragen. Sie wissen auch, was nicht mehr benötigt wird – und hier sollten wir ansetzen, und zwar spürbar. Wir haben weiterhin ein Nettovermögen. Das gibt uns für das nächste Jahr Sicherheit und Ruhe. Für solche Zeiten hat man die Reserven ja gebildet, und sonst müsste mir einer erklären, warum man Reserven bildet, warum man ein Eigenkapital hat. Wir sollten uns nicht Dagobert Duck zum Vorbild nehmen und immer nur Reserven bilden und neue Speicher bauen.

Ganz grundlegend verschliessen wir uns gar nicht einer leichten Nettoverschuldung. Ein Nettovermögen bedeutet per se nämlich nichts anderes, als dass man in den Vorjahren Steuern auf Vorrat eingenommen hat. Und der Staat dürfte durchaus auch mal eine Schuld gegenüber dem Steuerzahler aufweisen. So verkehrt ist das gar nicht. Ich komme zum Schluss: Wir sind überzeugt, dass wir die Herausforderungen meistern werden. Dazu braucht es Ruhe, Gelassenheit und Weitsicht. Der Regierungsrat und das Parlament werden das lösen. Wir sind zuversichtlich und bereit, mitzuziehen – wir verweigern aber Schnellschüsse und Mikromanagement. Wir möchten die Rahmenbedingungen schaffen und den Regierungsrat umsetzen lassen. Unsere Rahmenbedingungen sind eine pauschale Kürzung der Globalpauschalen und die Beibehaltung des Steuerfusses. Machen wir uns an die Arbeit: Lancieren wir das Gemeinschaftswerk zuversichtlich, weitsichtig und wirkungsorientiert.

**Hans Feuz**, Die Mitte/EVP: Kommen wir zurück zur Realität. Die Fraktion Die Mitte/EVP dankt den kantonalen Ämtern mit all ihren Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr und die umfassende und anspruchsvolle Ausarbeitung der hier vorliegenden Botschaft zum Budget 2025. Wir sind der Meinung, dass unsere kantonalen Mitarbeitenden die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Lohnerhöhungen für 2025 verdienen, und werden keinen Kürzungen in diesem Bereich zustimmen. Und was hat das Volk des Kantons Thurgau verdient? Es verdient, dass der Regierungsrat und das Parlament vertieft darüber diskutieren, welche Aufgaben unser Kanton im kommenden Jahr erfüllen soll, welche Investitionen zu tätigen sind und wieviel Geld dafür zur Verfügung stehen soll. Es verdient, dass wir auch über unser eigenes politisches Ablaufdatum hinaus die Entwicklung unseres Kantons verantwortungsvoll im Blick behalten. Eine Entwicklung, die der Regierungsrat mit seiner Finanzstrategie 2024–2030 und deren Umsetzung im Budget 2025 zumindest versucht hat, im Rahmen seiner Möglichkeiten in eine aus seiner Sicht vernünftige Richtung zu lenken. Dazu hat er im Budget 2025 in mehreren Sparrunden rund 60 Mio. Franken in der Erfolgsrechnung eingespart und die Investitionsrechnung aus unserer Sicht vertretbar geglättet oder auf Investitionen verzichtet. Die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) hat sich anschliessend vertieft mit der Budgetbotschaft 2025 auseinandergesetzt und insgesamt die Erfolgsrechnung – und hier haben Kantonsrat Hermann Lei und ich ein Rechenproblem: Ich bin nicht sicher, ob es 40 Mio. Franken waren, ich würde sagen, es waren 20 Mio. Franken – immerhin um netto 3 Mio. Franken entlastet; einmal mehr, einmal weniger schlau. Die Fraktion Die Mitte/EVP stellt fest: Der Kanton Thurgau hat eine der schlanksten Kantonsverwaltungen. Der Kanton Thurgau hat seine Steuern 2022 um 8 % auf 109 % gesenkt – eine Senkung, die uns alle getroffen hat. Jetzt trifft uns vielleicht auch wieder irgendwann einmal eine Erhöhung. Der Kanton Thurgau muss in den kommenden Jahren bis 2028 rund 430 Mio. Franken an Investitionen tätigen – mit dem historisch tiefsten Steuerfuss der Geschichte. Der Kanton Thurgau hat offensichtlich nicht nur Herausforderungen im Bereich des Ausgaben- und Kostenwachstums

zu meistern, sondern er hat – wir haben – auch mittel- bis langfristig einen enormen Finanzierungsbedarf, und daher ein Finanzierungsproblem. Wird der Steuerfuss bis 2028 unverändert auf 109 % belassen, dürften wir bis dann mit 600 bis 800 Mio. Franken fremdfinanziert sein. Kann man machen – muss man nicht unbedingt. Würden wir staatliche Leistungen abbauen, und die Nationalbank käme wieder mit Mehrfachausschüttungen, dürfte es auch ein bisschen weniger sein; dies würde jedoch langfristig unsere Unterfinanzierung auch nicht lösen.

**Präsident:** Kantonsrat Hans Feuz, entschuldigen Sie, ich schätze Ihr Votum ungemein, aber ich werde gerade gerufen, um unsere Gäste zu begrüssen, und ich möchte offiziell die Sitzungsleitung unserem Grossratsvizepräsidenten René Walther übergeben und nicht einfach hinausgehen, ohne Sie das wissen zu lassen. Entschuldigen Sie den Unterbruch.

**Hans Feuz, Die Mitte/EVP:** Um diese Unterfinanzierung zu beheben, müssen wir in Zukunft kräftige Überschüsse in der Erfolgsrechnung ausweisen, und ich weiss nicht, wenn wir dann das machen, ob dann wieder der Ruf nach Steuersenkungen kommt. Ich habe keine Ahnung. Denn ansonsten werden wir unseren Kantonshaushalt nicht zukunftsfähig machen können bis 2028. Daher fordern wir vom Regierungsrat in einem weiteren Schritt in den kommenden zwei Jahren Vorschläge für haushaltssichernde Massnahmen auf dem Verordnungs- und Gesetzesweg. Dazu darf es keine Tabus geben bezüglich Anspruchsgruppen, Körperschaften und Leistungen. Und es braucht schon für das nächste Jahr eine moderate Steuererhöhung um 4 % auf 113 %. Und da ist von keinem Kompromiss die Rede. Das ist reine Vernunft. Diese 113 % müssen aus unserer Sicht über 2025, 2026 und 2027 gehalten werden. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist für Eintreten, wird eine Erhöhung des Steuerfusses von 109 % auf 113 % beantragen, wird alle Anträge zu pauschalen Kürzungen geschlossen ablehnen, wird ansonsten den Beschlussesentwurf der GFK grundsätzlich unterstützen und will weiterhin einen verlässlichen, glaubwürdigen, leistungsfähigen und nicht zuletzt handlungsfähigen Kanton Thurgau.

**Robin Spiri, EDU/Aufrecht:** Die finanzielle Situation des Kantons Thurgau ist bekanntlich alles andere als rosig. Dies widerspiegelt sich auch im aktuellen Budget 2025 des Regierungsrates und dem ausgearbeiteten Finanzplan. Wie bei einem Rosenbeet, bei welchem viele Rosen verwelkt und nicht mehr ansehnlich sind, geht es darum, diese Rosen nicht zu ignorieren, sondern mit gezielten Schnitten und einem guten Unterhalt für die Pflege und das neue Aufblühen zu sorgen. Analog sehe ich die aktuelle Situation mit dem Budget 2025: Die Kosten des Kantons steigen von Jahr zu Jahr an, und der Verwaltungsapparat nimmt stetig zu. Statt an einem oder mehreren Punkten gravierende Kürzungen vorzunehmen, finde ich es sinnvoll, dass über das gesamte Budget moderate Einsparungen vorgenommen werden. Nun sollen die Steuern um 8 Prozentpunkte erhöht werden, und die

Thurgauer Bevölkerung wird zur Kasse gebeten. Dies lehnen wir als Fraktion EDU/Aufrecht geschlossen ab. Wir erwarten, dass der Steuerfuss so belassen wird. Denn steigende Kosten machen der Thurgauer Bevölkerung schon genug zu schaffen und engen die finanziellen Spielräume vieler ein. Da braucht es nicht noch mehr Verlagerung von der Bevölkerung hin zum Staat beziehungsweise dem Kanton. Die mit der Steuererhöhung budgetierten Mehreinnahmen sind zu kompensieren mittels moderater Einsparungen über alle Departemente. Es gilt nicht, einzelne Interessengruppen zu berücksichtigen und grössere Lobbys zu bevorzugen, sondern im Sinne und zum Wohl der gesamten Thurgauer Bevölkerung zu handeln. Ebenso zu beachten sind die vielen Leistungsvereinbarungen, die der Kanton Thurgau hat. Hier ist zwar ein kurzfristiges Handeln aufgrund der Fristen und laufenden Vereinbarungen schwierig, jedoch sehen wir dort als Fraktion zukünftig viel Handlungsbedarf. Konkret erwarten wir, dass in den Departementen die Vielzahl an Leistungsvereinbarungen vertieft auf deren Nutzen und Zweck überprüft werden und auch, dass ein Nichtverlängern in Betracht gezogen wird, wenn eine Leistungsvereinbarung nicht zwingend notwendig ist und keinen deutlichen Mehrwert schafft. Ebenso lehnen wir als Fraktion die geplante Lohnerhöhung für das kantonale Personal ab. Hier sehen wir in absoluten Zahlen schlussendlich das grösste Sparpotenzial, einerseits bei den individuellen, sowohl als auch bei den generellen Lohnerhöhungen. Verglichen mit der Privatwirtschaft geht es dem kantonalen Personal sehr gut. In den letzten Jahren wurden fast ausschliesslich immer Lohnerhöhungen durchgeführt. Keine generelle und individuelle Lohnerhöhung wäre kein Präzedenzfall, da es dies in den letzten fünf Jahren schon einmal gab. Auch in der Privatwirtschaft steigen nicht jedes Jahr die Löhne an. Beim kantonalen Personal wurden auch in Jahren mit sehr tiefer Teuerung ordentliche Lohnerhöhungen durchgeführt. So kann durchaus mit guten Gründen eine generelle "Nullrunde" durchgeführt werden. Gerade der Thurgau ist durch den Strukturwandel überdurchschnittlich betroffen, und viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben ihren Arbeitsplatz nicht auf sicher. Beim Kanton sieht dies etwas anders aus, denn er ist weitestgehend ein sicherer Arbeitgeber und schon fast eine Arbeitsplatzgarantie. Es wird oft damit argumentiert, dass, wenn wir die Löhne nicht erhöhen, dann die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Kantonen sinkt; beziehungsweise, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der kantonalen Verwaltung in andere Kantone gehen. Was hier aber ganz vergessen geht, ist die Konkurrenzsituation gegenüber der Privatwirtschaft, denn mit jeder Lohnerhöhung und Neuanstellung steigt auch der Druck auf Firmen in der Privatwirtschaft, um Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen halten zu können und diese nicht an den Kanton zu verlieren. Wir als Fraktion EDU/Aufrecht stehen für einen gesunden und nachhaltigen Finanzhaushalt des Kantons und eine verträgliche Abgabenlast für die Bevölkerung.

**Regierungsrat Urs Martin:** Ich kann Ihnen mitteilen: Ich schwimme sehr gerne, am liebsten bei kalten Temperaturen. Insofern fühle ich mich heute pudelwohl. Es wurde von allen Seiten her Kritik am Regierungsrat geübt. Die einen kritisierten den Regierungsrat für die

getätigten Einsparungen; die anderen kritisierten den Regierungsrat für Lohnerhöhungen; wieder andere kritisierten den Regierungsrat für geplante Steuererhöhungen. Kritik kommt von allen Seiten, zu jeweils unterschiedlichen Punkten. Ich resümiere daraus, dass der Regierungsrat einigermaßen richtig liegt. Warum ist das so? Es gibt ganz Wesentliches, das ich Ihnen in Erinnerung rufen möchte. Wir haben § 89 unserer Kantonsverfassung, der festhält, dass Kanton und Gemeinden ihren Haushalt sparsam, wirtschaftlich und mittelfristig ausgeglichen zu gestalten haben. Dann haben wir § 34 des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) mit dem Übertitel "Haushaltsgleichgewicht". Da steht in Absatz 3: "Die Finanzierungsrechnung soll über einen Zeitrahmen von acht Jahren ausgeglichen sein." Das ist der Leitsatz, an dem sich der Regierungsrat, und ich hoffe, auch Sie als Kantonsparlament, orientieren müssen. Und genau das macht der Regierungsrat. Ich erlaube mir, Ihnen den Prozess näher zu beschreiben, wie es zum Budget 2025 gekommen ist. Wir haben im Zuge des Budgets 2024 schon angekündigt, dass eine Finanzstrategie nötig ist, weil der Haushalt über acht Jahre sonst nicht ausgeglichen gestaltet werden kann. Und ich habe Ihnen schon am 2. Juli 2023 in diesem Saal – es war nicht hier, sondern in Frauenfeld – mitgeteilt, dass nach sieben fetten auch sieben magere Jahre kommen. Ich habe Ihnen damals schon gesagt – Sie können es im Ratsprotokoll nachlesen –, dass wir einen negativen Abschluss haben werden für das letzte Jahr – und dass das Jahr darauf, also das Jahr, in dem wir uns jetzt befinden, noch viel anspruchsvoller werden wird. Es greift also deutlich zu kurz, dem Regierungsrat einfach vorzuwerfen, er hätte die Situation unterschätzt, und er hätte keinen Plan. Der Regierungsrat hat einen Plan; der Regierungsrat hat vor Jahresfrist eine Finanzstrategie ausgearbeitet. Das hier ist unser Plan. Basierend auf der Finanzstrategie haben wir am 19. März dieses Jahres Planungsgrundlagen für das Budget 2025 erlassen. Wir haben in der Folge detaillierte Workshops gemacht für den Bereich der Informatikinvestitionen und für die Hochbauten, wo wir wieder knallhart priorisieren mussten, um am Ende dieser Strategie Genüge zu tun. Wir haben am 11. Juni 2024, also viel früher als gewöhnlich, einen Workshop gemacht im Gesamtregierungsrat, gemeinsam mit Finanzverwaltung, Personalamt und allen Generalsekretären, in dem wir festgestellt haben, dass zu unserem Plan, der Finanzstrategie, eine Differenz von 112 Mio. Franken in der Erfolgsrechnung und 76 Mio. Franken in der Investitionsrechnung besteht. Es wurden anschliessend nochmals massive Sparrunden verwaltungsintern durchgeführt, und am 2. Juli war die Differenz in der Erfolgsrechnung immer noch 32 Mio. Franken. Wir haben dann die Budgetlesungen wie üblich nach der Sommerpause durchgeführt, am 6. und am 12. August, und haben ein Budget beschlossen, das unserem Plan, der Finanzstrategie, welche gestützt ist auf die Verfassung, und die auf dem Finanzhaushaltsgesetz fusst, entspricht. Es untertrifft sie sogar. Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Minus von 15.9 Mio. Franken ab; 16 Mio. wäre die Vorgabe gewesen. Noch im Finanzplan des letzten Jahres waren wir rund 25 Mio. Franken höher, und das, obwohl in diesem Jahr noch einmal gewisse nicht beeinflussbare Ausgaben massiv gewachsen sind. Ich kann Ihnen übrigens sagen, über die ganze Finanzplanperiode wird die Erfolgsrechnung immer

eingehalten. In der Investitionsrechnung hatten wir eine Vorgabe von 100 Mio. Franken; diese haben wir knapp verfehlt. Wir sind bei 105 Mio. Franken, weil wir im Bereich des Gefängnisses dringend ein Provisorium brauchen, weil uns da die Haftplätze fehlen. Bei der Finanzierungsrechnung aber, obwohl wir bei der Investitionsrechnung zu hoch sind, erfüllen wir die Vorgabe der Finanzstrategie, und zwar untertreffen wir sie: Wir hätten ein Minus von 157 Mio. Franken erreichen müssen; wir haben ein Minus von rund 151 Mio. Franken gemacht. Nun können Sie schon in ordnungspolitischer Manier sagen: "Wir erhöhen die Steuern nicht." Die Frage ist nur: Wie? Wir haben einen Plan, wir haben ihn eingehalten, und wenn Sie dieses Dokument lesen, dann sehen Sie den Plan des Regierungsrates, wie der Finanzhaushalt bis 2030 sauber im Lot gehalten werden kann. Ich kann Ihnen beispielsweise sagen: Wir haben unsere Herausforderungen in vielen Bereichen knallhart machen müssen; es wurde auch vereinzelt kritisiert. Ich gebe Ihnen einfach ein paar Beispiele aus dem Bereich der Hochbauten, was wir alles einmal um ein Jahr verschoben haben: Neubau Werkhof Amriswil, Pädagogische Mittelschule Kreuzlingen: Teilinnensanierung; Klostergebäude: Fassadensanierung; BBZ Arenenberg: Zusammenlegung Museumshop und Rezeption; Klinik St. Katharinental, Therapiegebäude Gartenhaus: Sanierung Reingebäude, Cafeteria. Gar um zwei Jahre verschoben wurden der Jagdschiessstand und das kantonale Polizeiausbildungszentrum. Die Realisierung des Historischen Museums Thurgau am Schloss Frauenfeld wurde um vier Jahre verschoben. Auf zwei bereits von Ihnen beschlossene Projekte wurde ganz verzichtet: Kantonsschule Kreuzlingen: Pavillon als Mensa, und St. Katharinental: Parkplatz und Postautohaltestelle. Es gibt noch viele weitere kleinere Retuschen, aber ich wollte Ihnen hier nur einmal sagen: Es sind handfeste Entscheidungen getroffen worden, und trotz dieser handfesten Entscheidungen ist es nicht möglich, ohne zusätzliche Einnahmen den Finanzhaushalt ausgeglichen zu gestalten. Die Gleichen, die jetzt die Steuererhöhung ablehnen, werden uns kritisieren, wenn wir dann Dinge nicht realisieren können, die weh tun. Und ich habe Ihnen ebenfalls bereits gesagt: Wir haben in diesem Jahr, per Mitte Jahr, bereits erhebliche Budgetüberschreitungen. Wir sind um 45 Mio. Franken schlechter unterwegs als budgetiert, das gibt einen zusätzlichen Bereinigungsbedarf: Sonderschulung: plus 7.8 Mio. Franken; Beiträge an Schulgemeinden: plus 5.3 Mio. Franken; Ergänzungsleistungen: plus 3.5 Mio. Franken; Spitäler: plus 1.9 Mio. Franken. Dann sind die Steuern um 6 Mio. und die Grundbucheinnahmen um 8.9 Mio. Franken tiefer. Das sind Fakten aus diesem Jahr. Und wenn Sie jetzt zur Auffassung gelangen, der Regierungsrat hätte sich erfrecht, der GFK noch mit einem Brief zu widersprechen – diese Kritik kam heute –, dann muss ich Ihnen sagen: Es war auch erstmalig der Fall, dass die GFK ohne Regierungsrat tagen wollte – zumindest, seit ich es überblicken kann –, und es war auch erstmalig der Fall, dass die GFK den Kommissionsbericht der Regierung nicht einmal zum Gegenlesen schickte, bevor er veröffentlicht wurde. Daher fühlte sich der Regierungsrat auch frei, eine Stellungnahme zum GFK-Bericht zu erstellen, weil offensichtlich die gute Art und Weise, wie man

im Thurgau immer gemeinsam zusammengearbeitet hat, im letzten Jahr abhandengekommen ist. Geschätzte Damen und Herren, die Finanzlage ist ernst, und wir müssen die richtigen Beschlüsse fassen. Wir müssen Verfassung und Gesetz respektieren. Der Regierungsrat hat einen Plan; das ist die Finanzstrategie. Schauen Sie in den Spiegel und fragen Sie sich, ob Sie auch einen Plan haben.

**Vizepräsident:** Auf der Zuschauertribüne begrüsse ich die Mitglieder des Präsidiums des Kantonsrates St. Gallen unter der Leitung von Kantonsratspräsidentin Barbara Dürr. Es freut uns ausserordentlich, liebe Barbara, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Sie heute bei uns hier im Rat begrüssen zu dürfen an einer spannenden Diskussion. Ein Schelm, der denkt, dass dieser Besuch eigens und kurzfristig für das Grundstückgeschäft Wil West anberaumt wurde. Fakt ist, dass der Austausch schon viel früher vereinbart wurde, aber ein gutes Timing ist ja die halbe Miete. Ich wünsche Ihnen, sehr verehrte Gäste, interessante Einblicke in den Ratsbetrieb, und wir freuen uns schon auf den späteren Austausch mit Ihnen. Und nun übergebe ich das Wort wieder dem Präsidenten.

**Präsident:** Wir fahren folgendermassen fort: Wir hören zuerst Kantonsrat Ruedi Zbinden mit dem Antrag der SVP. Nachher diskutieren wir zuerst diesen Antrag und fassen Beschluss. Danach kommen wir zur Detailberatung des Eintretens, bei der dann die verschiedenen Anträge gemäss Ankündigungen noch angebracht werden könnten.

**Ruedi Zbinden, SVP:** Das Budget 2025 sowie der Steuerfuss bieten ja reichlichen Diskussionsstoff und auch einiges an Spannung. Die SVP-Fraktion wird gemeinsam mit der bürgerlichen Seite die Erhöhung des Steuerfusses ablehnen, wie bereits angekündigt in den Vorreden. Es ist unerlässlich, dass alle Ämter und Departemente ihren Beitrag dazu leisten. Wir haben es gehört von Regierungsrat Urs Martin: Das wurde schon gemacht. Aber da muss noch ein wenig nachgebessert werden. Die vorhandenen Mittel müssen effizient genutzt werden, und Einsparungen müssen auch möglich sein; sei es in der kantonalen Verwaltung, in Unternehmen, Schulen oder Organisationen. Besonders bei Pflichtausgaben wie Leistungsvereinbarungen wird dies herausfordernd sein. Dennoch darf es nicht sein, dass diese Bereiche vollständig von Kürzungen ausgenommen werden. Künftig müssen die Leistungsvereinbarungen so gestaltet werden, dass auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten Reduktionen möglich sind. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass diese Organisationen in einem geschützten Raum agieren. Der Sach- und Betriebsaufwand aller Ämter wird in Form von Globalbudgets festgelegt. Laut Finanzkontrolle beläuft sich der Nettoaufwand – exklusive Personalaufwand – aller Globalbudgets über sämtliche Ämter und Departemente auf insgesamt 408 Mio. Franken. Es ist daher gerechtfertigt, dass alle Ämter und Departemente einen angemessenen Sparbeitrag leisten und selber bestimmen, wo. Auch wenn es die zweite Runde ist; das macht nichts, das hilft uns,

unsere Probleme zu lösen. Um eine gleichmässige Verteilung der Einsparungen sicherzustellen, **stelle** ich folgenden **Antrag** mit einem Sparziel von 8.16 Mio. Franken, basierend auf der regierungsrätlichen Fassung des Budgets 2025: Der Nettoaufwand der Globalbudgets aller Ämter wird jeweils 2 % gekürzt. Bevor zusätzliche Belastungen auf die Steuerzahler zukommen, müssen die einzelnen Ämter ihre Sparziele nochmals ausloten und erreichen.

**Reto Ammann**, GLP: Wir erklären, dass wir diesen zusätzlichen Antrag in Richtung Globalbudgetkürzung über alle Departemente hinweg im Grundsatz gut finden, aber wir ihn zum heutigen Zeitpunkt in der Debatte ablehnen werden. Nicht, dass man da nicht einen guten Hebel finden würde, dass man rasch sparen könnte – das, glauben wir, ist in jedem Prozess möglich; sogar mehr als 2 %. Aber er kommt zum falschen Zeitpunkt. Dass das Instrument jetzt – 24 Stunden vor einer Entscheidung, ohne Konsequenzen, ohne zu wissen, was mit anderen Anträgen danach passieren wird – kommt, ist für die Lösung und die Zusammenarbeit in Zukunft mit der Regierung und der Verwaltung nicht die richtige Massnahme. Wie würde das Parlament entscheiden, wenn die Verwaltung, der Regierungsrat zu uns käme und einen Entscheid über ein Projekt über 8 Mio. Franken mit zwei Seiten Vorbereitung innert 24 Stunden fordern würde? Genau. Wir würden alle "nein" sagen; wir würden als Parlament wohl auch zusätzliche Vorbehalte haben, dass wir mehr Informationen bräuchten. Wir haben jetzt von Ratskollege Ruedi Zbinden gehört, dass man vor allem bei den Leistungsvereinbarungen Bedarf sieht. Und genau das haben alle Redner vorher gesagt, wolle man nicht – dass man bei den Gemeinden, bei Dritten sparen würde. Und das wird zuerst passieren. Deshalb, aus diesem Grund, sind wir dagegen, weil wir alle, inklusive der Verwaltung, zuerst schauen müssen, welche Aufgaben wir selber wirklich nicht mehr wollen, anstatt einfach bei Dritten zu sparen. Bei Dritten sparen ist genau gleich, wie wenn wir sagen würden, der Bürger könne ja mit Mehreinnahmen bezahlen, was wir wollen. Da sind wir dagegen. Wir hätten es auch gerne gesehen, wenn dieser Antrag früher gekommen wäre, und mit der GFK, deren Präsident und den Operativen hätte besprochen werden können, was mit den anderen Anträgen passiert, die wir nachher besprechen werden, von denen wir schon gesagt haben, dass wir dafür sind, dass wir diese GFK-Anträge unterstützen. Hätte, hätte, Fahrradkette – alles nicht passiert. So sieht der Antrag über 8 Mio. Franken Kürzung für uns – nochmals – grundsätzlich gut aus. Wir müssen etwas machen. Aber er sieht doch auch etwas nach "tit for tat" aus. "Tit for tat" – Sie haben es vorhin gehört bei Regierungsrat Urs Martin. Ja, wieso hat man dieses Papier verschickt? Weil die GFK den Antrag nicht wieder zurück in die Regierung gespielt hat. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf doch nicht sein, dass wir in unserem Parlament "tit for tat" anwenden – auf beiden Seiten. Ich erachte das irgendwie nicht als den richtigen Weg. Deshalb, finde ich, sollte man diesen Antrag jetzt auch ablehnen, und wir werden das machen. Nochmals: Der Antrag kommt von der grössten Partei. Er wird vielleicht auch unterstützt von anderen Parteien, die mindestens 40 % der Regierungsbank

stellen. Aber sowohl Die Mitte/EVP, die FDP als auch die SVP – eben mit zwei Vertretern im Regierungsrat –, diese Fraktionen sollten jetzt mit ihren Regierungsrätinnen und Regierungsräten zusammensitzen und wirklich sagen, wo man auf Aufgaben verzichten oder Aufgabenplanungen anders machen könnte. Sie haben es vorher gehört von Regierungsrat Urs Martin: Er hält an seinem Plan fest, obwohl der Plan nachher von uns abgelehnt werden wird. Es braucht einen neuen Plan. Und das muss man zuerst seinen Regierungsräten und Regierungsrätinnen klar machen: Dass man jetzt andere Pläne braucht. Man muss ab und zu auch flexibel sein und sagen: "Okay, wir müssen einen anderen Plan haben." Und nicht sagen: "Wir gehen vor nach unserem Plan", wenn man schon im Frühling weiss, dass dieser möglicherweise nicht den Durchbruch schaffen wird. Von dem her gesehen, ein Showdown jetzt über 24 Stunden – um 10 Uhr gestern haben wir das E-Mail bekommen... Nochmals: Wir sind grundsätzlich nicht dagegen. Aber bitte nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Das wäre wirklich ein falsches Signal. Wir müssen einander die Hände reichen. Lassen Sie uns diese Anträge der GFK sauber durchbringen und dann die richtigen Signale setzen. Sitzen Sie mit den Regierungsratskolleginnen und -kollegen von Ihren Parteien zusammen, und sagen Sie, was wir da machen müssen, bevor wir dann wirklich irgendwie etwas kürzen, bevor am Schluss im Sozialen, im Umweltbereich und wo auch immer Leistungsempfänger, Leistungsvereinbarungen einfach gekürzt werden, weil das schlicht und einfach viel einfacher ist, als bei sich selbst zu sparen. Das tut dann weh. Diese 8 Mio. Franken sind sehr schmerzhaft. Deshalb sind wir hier dagegen. Wir glauben, es ist mehr möglich, wenn man den Prozess anders gestaltet; und nicht über diese Globalkürzung. Wenn es nicht anders geht, und die Regierung überhaupt nirgends eine Möglichkeit sieht, wie es anders gehen könnte, dann geht es nur so. Aber bitte nicht in diesem Jahr.

**Christian Koch**, SP und Gew.: Im Namen der Fraktion SP und Gewerkschaften bitte ich Sie darum, den Antrag abzulehnen. Was hier beantragt wird, ist schlicht unseriös. Da soll einfach irgendwo gespart werden. Wenn wir sparen wollen, dann sollten wir doch auch sagen, wo. Der rechtspopulistische Ansatz, einfach einmal mit dem Hammer draufzuschlagen und dann zu schauen, was alles kaputt geht, um dann gross zu jammern, geht nicht an. Liebe "Sünnelipartei-Gspänli", sagt doch endlich, wo Ihr sparen wollt, und was dies für die Thurgauerinnen und Thurgauer bedeutet. Braucht die Thurgauer Wirtschaft keine Akademiker mehr? Dann schliessen wir die Kantonsschulen. Wäre ein Vorschlag. Kann man darüber reden. Schliessen wir das Kantonalfängnis und verteilen die Häftlinge auf die Gemeinden? Wäre ein Vorschlag. Kann man darüber reden. Verzichten wir auf Strassenunterhalt und machen aus dem Thurgau ein grosses Schlagloch? Wäre ein Vorschlag. Kann man darüber reden. Einen Vorschlag habe ich bis heute jedoch noch nicht gehört. Nur irgendwelche allgemeinen Parteiprogrammphasen: "Wir haben ein Ausgabenproblem." Ja, wo denn? Das Staatswachstum liegt seit Jahren unter dem Wirtschaftswachstum. Ich empfehle einen kurzen Blick auf Seite 25 des Budgets. Jetzt haben wir so etwas

gehört wie: "Ja, man muss die Leistungsvereinbarungen anschauen." Ja, das dauert. Die müssen ausgehandelt werden. Zudem war es die Strategie des Kantons, alles auszulagern, weil das effizienter sei. Wenn wir die Leistungsvereinbarungen kündigen, müssen wir es selber machen. Ob da wirklich ein Sparpotenzial drin liegt, weiss ich nicht. Wir verschliessen uns nicht, über Sparbemühungen zu diskutieren, doch da müssen wir erst einmal wissen, wo gespart werden soll. Genau das wird doch eben nicht gesagt. Deshalb ist der Hüftschuss abzulehnen.

**Sandra Reinhart, GRÜNE:** Auch die GRÜNE-Fraktion rät Ihnen dringend, diesen Antrag abzulehnen. Es ist ein Rundumschlag mit diesen 2 %. Das Resultat daraus ist eine Einsparung von 8.1 Mio. Franken, und das ist einfach ein Tropfen auf einen heissen Stein. Ein Antrag, der nicht definiert, was gespart werden soll, wo gespart werden soll, auf was verzichtet werden soll, ist einfach nicht angebracht. Es wurde erwähnt bei den Eintretensvoten: Die Verwaltung ist auch ein Dienstleistungsbetrieb: Wir erwarten Arbeit, wir erwarten gute Arbeit, wir erwarten schnelle Arbeit. Das können sicher auch Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden unterstützen. Wir wollen, dass unsere Geschäfte zügig und gut erledigt werden. Ich möchte auch nochmals, wie mein Vorredner, Kantonsrat Christian Koch, erwähnen: Auf Seite 25 der Botschaft sind die Kennzahlen gut abgebildet. Sie zeigen ganz klar die Ausgabenstabilisierung gemäss § 35 des Finanzhaushaltsgesetzes. Die ist eingehalten. Trotzdem haben wir Einsparungen gemacht. Der Budgetprozess hat noch nie so früh begonnen, es gab noch nie so viele Budgetrunden. Man kann also nicht sagen, dass die Anstrengungen nicht gemacht wurden. Es kamen noch Zusatzanträge in der GFK, auch in relativ kleinem Rahmen; einer der grössten Anträge kam auch von uns GRÜNEN. Wir bieten da wirklich durchaus Hand. Aber nicht für einen Kahlschlag. Ich denke auch nicht, dass es Sinn macht, solche Schnellschüsse zu machen. Wir haben im letzten Jahr viel über Finanzen gesprochen, mit dem Finanzplan und der Finanzstrategie. Wir brauchen nicht Druck, wir brauchen auch bei den Ausgaben nicht mehr Druck, und wir wollen uns nicht verschulden. Auf Seite 26 sehen wir, dass wir mit dem Budget, das wir vorgelegt haben, bereits 2026 ein Negativvermögen haben werden, dass wir also kein Nettovermögen mehr haben werden, sondern eine Nettoschuld. Ich glaube nicht, dass das unser Ziel ist, und das ist ja – bei den vielen Gemeindevertretern, die wir hier im Saal haben – hoffentlich auch auf Gemeindeebene so. Wir wissen jetzt, dass wir den tiefsten Steuersatz in der Geschichte des Thurgaus haben. Das ist der Ort, an dem wir ansetzen müssen: bei den Einnahmen. Die Zahlen sprechen Klartext. Ich bitte nochmals, diesen Antrag abzulehnen. Er sagt nicht, wo wir sparen sollen; er sagt nicht, was wir sparen sollen. Er ist einfach ein Rundumschlag, der weder Hand noch Fuss hat.

**Hans Feuz, Die Mitte/EVP:** Vor vielen Jahren, als ich einmal noch Militärdienst machen durfte, wurde uns immer nahegelegt, in den letzten Tagen als Grenadiere die komplette

Munition zu verschiessen, weil wir sonst dann im nächsten Jahr das, was wir nicht verschossen hatten, minus noch etwas bekommen würden. Und was machen wir hier? Wir signalisieren der Verwaltung, die sich – und davon gehe ich aus – intensiv damit auseinandergesetzt hat, wie ihre Globalbudgets aussehen: "Wenn Ihr es nicht braucht, dann kürzen wir es nächstes Jahr wieder; und wenn Ihr es dann wieder nicht braucht, kürzen wir es wieder." Oder anders gesagt: Sie werden uns dann vielleicht ein bisschen mehr vorlegen in den nächsten Jahren, damit wir dann wieder kürzen können. Wenn ich noch mehr Haare hätte, würden sie mir aufstehen. Allein die Produktgruppe "Unterricht" bei den Schulen, das sind um die 70 Mio. Franken. Wenn Sie also hingehen und sagen, dass wir das ausklammern, dann blieben noch um die 330 Mio. Franken. Das wären dann aber mehr als 2 %. Auf Initiative von FDP und SVP wurden bei der Steuerverwaltung die Stellen in dieser Höhe genehmigt. Wenn Sie das durchziehen, dann streichen Sie sieben Stellen wieder. Ich muss Ihnen wirklich sagen: Das verstehe ich nun als einfacher Bodenleger nicht mehr. Ich hoffe wirklich, dass wir diesen Antrag nicht annehmen, und dass wir aber ganz sicher – und da bin ich mit dem Vorredner von der GLP einig – nächstes Jahr da genau hinschauen werden. Aber so eine Übung, glaube ich, ist zum jetzigen Zeitpunkt wirklich nicht sinnvoll. Daher, wie schon angekündigt, lehnt die Fraktion Die Mitte/EVP diesen Antrag einstimmig ab.

**Thomas Leu, FDP:** Seitens der FDP-Fraktion wurde beschlossen, diesen Antrag grossmehrheitlich zu unterstützen. Warum? Dieser Antrag währt eben gerade die Strukturen und Kompetenzen. Damit können die Kompetenzen eingehalten werden, und es gibt kein Mikromanagement. Mikromanagement zu betreiben, hiesse, dass wir über alles, über jeden einzelnen Punkt diskutieren würden. Das kann doch nicht der Fall sein. Wenn wir einen Beitrag leisten wollen, um die Finanzen des Kantons ein wenig besser ins Lot zu bringen, dann müssen wir eben genau über solche Punkte Beschluss fassen und diese unterstützen. Es braucht vom Parlament keine einzelnen Erbsenzähler-Vorschläge. Warum nicht? Weil diejenigen Personen, die Arbeit leisten, die gute Arbeit leisten, die wollen auch eine Entscheidungsfreiheit haben. Genau das ist das Interessante an diesem Antrag, der nämlich den Kadermitarbeitenden diese Freiheit lässt, und der einzig eine minimale Einmischung in deren Kompetenzen bedeutet. Ein konkreter Vorschlag ist eine Einmischung in die Expertise der Betroffenen, und das ist garantiert ein weitergehender Eingriff als eine Kürzung um 2 %. Wir sprechen über 2 %, nicht über 5 oder 10 %. Ziel muss es doch sein, dass wir unseren Kanton fit für die Zukunft machen. Ich habe heute leider noch nichts zu den immer noch bestehenden Reserven vernommen. Ich hoffe, das bleibt in den Köpfen, dass wir diese noch haben, und ich mache nochmals darauf aufmerksam, dass es jetzt eben darum gehen muss, strukturelle Reformen auf allen Ebenen anzugehen, damit wir den Thurgau von morgen erfolgreich gestalten können. Besten Dank für die Unterstützung dieses Antrags.

**Ruedi Zbinden**, SVP: Der Zeitpunkt? Heute ist das Budget auf der Traktandenliste, heute können wir Anträge stellen. Und dass wir heute bei der Eintretensdebatte abstimmen müssen über Anträge, die eben global gefasst sind, hat uns der Ratspräsident mitgeteilt, das haben wir abgeklärt. 2 % – Kantonsrat Thomas Leu hat es soeben auch gesagt –, das ist überschaubar. Das ist nicht mit dem Hammer darauf losgeschlagen, Ratskollege Christian Koch. Das kann doch jeder Leiter dann mit seinen Leuten besprechen und eine Lösung finden. Die Bevölkerung des Kantons Thurgau, die Steuerzahler, erwarten, dass die Steuern nicht steigen werden. Das erwarten sie. Ich höre solche Stimmen in rauen Mengen. Wir sollen hier drin dafür sorgen, dass die Belastung des privaten Haushaltes nicht noch grösser wird.

**Reto Ammann**, GLP: Ich möchte vor allem nochmals an die FDP und an die SVP appellieren, die doch auch eine sehr gute Arbeit gemacht haben in der GFK. Überlegen Sie sich einfach, was jetzt passieren könnte. Es kann sein, wenn dieser Antrag durchkommt, dass der Leiter des Landwirtschaftsamtes – ich nehme jetzt einmal das Departement für Inneres und Volkswirtschaft (DIV), vielleicht auch sonst ein Departement – irgendeinen Punkt rausnimmt und sagt: "Das streiche ich jetzt auf 0, damit habe ich schon 3 Mio. Franken gespart." Das ist die Entscheidungsfreiheit, die man damit gewährt. Man könnte von irgendwelchen Leistungen, die vielleicht die Bauern direkt betreffen, sagen, weil der Amtschef das so will, geht das. Und das wollen wir verhindern. Wir wollen nicht, dass da jetzt einfach über Leistungsvereinbarungen und Leistungsverträge, die bestehen, einseitig ein Kahlschlag gemacht wird. Es ist nicht so – in meinem Verständnis, und das hat Ratskollege Ruedi Zbinden selber gesagt –, dass das generell irgendwie gekürzt wird. Da gebe ich ihm absolut recht, in diesem Prozess sind mehrere Prozente drin. Wir appellieren aber, dass wir uns die Zeit nehmen und diesen Aufgabenverzicht wirklich strukturiert angehen im nächsten Jahr, und nicht jetzt einfach sagen: "Ja, that's your job, mach das mal", und dann haben wir es. Das finde ich persönlich hochgefährlich. Vielen Dank, dass Sie nochmals in sich gehen und im schlimmsten Fall halt auch Enthaltung reinschreiben, wenn Sie nicht ganz sicher sind. Aus der Wirtschaft bin ich das gewohnt, dass man sagt, das Budget müsse um 2 % reduziert werden, und dann findet man auch die Lösungen. Aber ich möchte die Abteilungsleiter sehen, die zuerst bei sich zu sparen beginnen, und das nicht extern machen. Das ist sehr gefährlich.

**Hans Feuz**, Die Mitte/EVP: Es ist nicht gerade typisch, dass ich noch einmal nachfasse, aber ich finde es bemerkenswert: Es gibt tatsächlich Steuerzahler in diesem Kanton, die wohnen auch in Gemeinden, die stimmen Steuererhöhungen zu, lieber Kantonsrat Ruedi Zbinden.

**Jürg Wiesli**, SVP: Ich habe über 37 Jahre in einem Grosskonzern gearbeitet, und der Kanton ist nichts anderes als ein Grosskonzern. Da hat es verschiedene Abteilungen gegeben. Es hat vor allem auch Profitcenter gegeben. Die sind ziemlich vergleichbar mit dem, was unsere fünf Regierungsräte so zu leiten haben, und die haben auch Globalbudgets gehabt. Beim Globalbudget geht es ja genau darum, dass man nicht alles einzeln aufschreiben muss, was man dann da korrigieren will, sondern dass man ganz genau weiss, wo die Fettreserven sind. Ich gebe zu bedenken, dass ich vor etwa fünf oder sechs Jahren – oder vielleicht etwas mehr – sogar einmal ein Verbesserungsvorschlagswesen propagiert habe, bei dem man eben genau das Fett, das da ist, oder die Verbesserungen hätte angehen können. Aber es wurde gebodigt – keiner wollte sich in seine Bücher schauen lassen – auf ziemlich brachiale Art und Weise, und es wurde dem dann nicht nachgelebt. Das hat natürlich jetzt zur Folge, dass dieses Sparpotenzial nicht genutzt wurde. Ich wäre heute noch dafür, dass man so ein Verbesserungsvorschlagswesen machen würde, und wenn es halt in den einzelnen Departementen selbst wäre. Das, was wir jetzt machen wollen mit diesen 2 %, geht eigentlich genau in diese Richtung. Jeder von den Regierungsräten wird das finden, und keiner wird hingehen und sagen – wie es jetzt an die Wand gemalt wird –, wir machen etwas gar nicht mehr, und das lassen wir jetzt beiseite. Nein, das wird nicht so sein. Sondern sie werden sich zusammensetzen, die Köpfe werden rauchen, und man wird dann schauen: Wo kann ich etwas effizienter machen? Wo könnten zwei besser zusammenarbeiten, damit es nicht so viel Leerlauf gibt? Wobei ich nicht sage, dass es viel Leerlauf gibt. Aber es gibt ihn immer wieder, auch in grossen Konzernen. Daher bitte ich Sie wirklich, jetzt diese 2 % zu genehmigen, und dann schauen wir nächstes Jahr, wie weit sie gekommen sind.

**Barbara Dätwyler Weber**, SP und Gew.: Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass wir eine Kantonsverfassung haben, und in § 36 Rechtssetzung und in § 39 Finanzbefugnisse genau steht, dass wir als Parlament dieses Kantons in der Verantwortung, in der Pflicht sind, über den Voranschlag zu bestimmen, und nicht diese Verantwortung an die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung abgeben können und dürfen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der SVP abzulehnen.

**Hermann Lei**, SVP: Da ist jetzt das Heulen und Zähneklappern ausgebrochen, zum Beispiel bei Kantonsrat Reto Ammann. Er fürchtet sich davor, dass die Verwaltung irgendetwas machen könnte und selbst entscheiden sollte. Da sehe ich überhaupt kein Problem. Haben Sie doch bitte etwas Vertrauen in die Verwaltung; die wissen eben haargenau, wo man sparen kann und wo nicht. Nochmals, ich wiederhole mich gerne wieder: Ich war einige Jahre in der Geschäftsprüfungskommission und habe in jedem Amt gefragt: "Wo könntet Ihr etwas sparen, was nicht notwendig ist?" Die Antwort war immer: "Das ist die dümmste Frage, die wir jemals gehört haben." Dann habe ich gesagt: "Wenn es nicht notwendig wäre, wenn es nicht vorgeschrieben wäre von eurem Vorgesetzten, worauf könnte

man verzichten?" – "Ja, dann..., dieses und jenes und das..." Die Verwaltung weiss haargenau, wo sie sparen kann. 2 % sind überhaupt kein Problem. Schauen Sie sich einmal Ihr durchschnittliches Jahresbudget an, Ratskollege Christian Koch: 100'000 Franken. Da müssen Sie 2 % sparen. Da trinken Sie einmal einen Wein weniger pro Monat, dann haben Sie das drin. Und wenn die Sozialisten von der Kantonsverfassung sprechen, dann muss ich sagen: Verfassungstreue war noch nie Ihre Stärke. Lassen Sie das besser. Doch, doch, ich weiss, wovon ich rede. Und ich werde Ihnen das dann gerne auch noch im Privaten sagen, wovon ich rede, wenn Sie es nicht wissen. Und dann drittens: Das Personal ist nicht betroffen. Der Antrag bezieht sich nur auf den Nettoaufwand und nicht auf die Personalkosten. Diese ganze Übung hat die Regierung bereits selber schon einmal gemacht in früheren Jahren, das weiss ich aus sicherer Quelle. Das ist kein Problem, und das geht gut. Vielen Dank, wenn wir eben nicht auf das Mikromanagement gehen müssen – wie die FDP-Fraktion eben zurecht sagt, ist das eigentlich nicht unsere Stärke –, sondern eine grundsätzliche Kürzung vornehmen.

**Edith Wohlfender-Oertig**, SP und Gew.: Ich beziehe mich auf das Votum von Ratskollege Ruedi Zbinden in Bezug auf die Meinung der Bevölkerung: Wenn ich den Puls der Bevölkerung sehe oder höre, dann leidet die Bevölkerung unter den sehr hohen Gesundheitskosten, den steigenden Krankenkassenprämien, die unaufhaltsam wachsen, sowie unter den hohen Mieten im Thurgau, die exorbitant gestiegen sind in den letzten 20 Jahren. Wir haben bald Zürcher Verhältnisse. Wir haben teils sehr hohe Energiekosten; insbesondere die Gemeinden, die in den letzten Jahren die Stromkosten verhandelt haben, die nun die Mieterinnen und Mieter, die Besitzer oder die Einwohnenden sehr stark belasten. Wichtig wäre unseres Erachtens auch, dass wir aufzeigen – wenn wir so massiv sparen –, welche Leistungen die Menschen nicht mehr bekommen, und was sie dafür bezahlen müssten: Leistungen im Bildungswesen, Leistungen in der Prävention – wir streichen der Perspektive sehr viel Geld –, und das würde nachher dem Bürger auferlegt. Wir streichen Leistungen, die uns vielleicht nachher im Gesundheitswesen stark belasten und hohe Kosten verursachen, die wir wiederum mit den Krankenkassenprämien bezahlen müssen. Es ist Sand in die Augen gestreut, wenn wir jetzt sagen, dass wir den Steuerfuss so belassen können, und im Nachhinein mit dem vielleicht eingesparten Vermögen oder Geld an einem anderen Ort ein Vielfaches bezahlen müssen.

**Kommissionspräsident Hans Eschenmoser**, SVP: Die Diskussion über diesen Antrag von Kantonsrat Ruedi Zbinden widerspiegelt auch die Beratungen in der GFK. Es wurde hin- und her diskutiert; die Meinungen waren teilweise schon gemacht, und es wurde doch diskutiert. Bezüglich dieses Antrags: Dieser wurde in der GFK nicht gestellt. Da kann ich keine Meinung dazu abgeben, wie die GFK diesen Antrag hätte beraten können. Aber ich möchte einfach eines sagen: Es sind 408 Mio. Franken im Globalbudget. Diese Zahl hat scheinbar die Finanzverwaltung mitgeteilt. Die Ausgaben sind 2.6 Mio. Franken. Die

Hälfte, 1.3 Mio. Franken, ist Transferaufwand. So, wie ich es verstehe, sind das Sachaufwände, welche gestrichen werden. Demnach würden keine Leistungsempfänger darunter leiden. So verstehe ich das. Von da her ist es nicht so, dass die Gemeinden oder andere Empfänger darunter leiden sollten. Das in diesem Sinne. Innerhalb der GFK, bezüglich Kantonsrat Reto Ammann, muss ich sagen, es hat eine Teilwahrheit. Ich bin auch für seriöse Abklärung. Das haben wir in der GFK auch miterlebt: Da will man etwas streichen, dann darf man nicht. Ich sage immer: Wenn man einen Posten wirklich seriös abklären will, muss man die gesetzlichen Grundlagen, die Vereinbarungen abklären, sich fragen, was dahinter steckt etc. Und das ist viel Arbeit. Ich habe mir bereits ohne diese Diskussion persönlich gesagt: Die GFK muss sich nächstes Jahr regelmässiger treffen, um diese Fragen auch frühzeitig mit ins Boot zu nehmen. Bezüglich Antrag Zbinden muss ich neutral sagen, dass ich nicht weiss, wie ich abstimmen werde.

**Regierungsrat Urs Martin:** Ich habe Verständnis für den Antrag von Kantonsrat Ruedi Zbinden, weil er die Steuerzahlenden seiner Gemeinde nicht mit zusätzlichen Steuern belasten muss. Er hat ja letzte Woche die Steuern schon hinaufgesetzt. Ich möchte aber trotzdem anfügen, dass der Antrag so ein wenig kurz gegriffen ist. Ich habe Ihnen einleitend gesagt: In der Verwaltung wurden intensive Bemühungen gemacht. Ich habe es Ihnen dargelegt: Wir haben innert weniger Wochen weit über 100 Mio. Franken bereinigt. Und wir haben parallel dazu, das habe ich noch nicht gesagt, von Februar bis Juni sämtliche Leistungsvereinbarungen, die in Kraft sind, überprüft darauf, was wir kündigen können und was wir nicht mehr machen sollen. Wir haben auch teilweise Bereinigungen vorgenommen. Aber Sie haben es heute auch gehört; dort, wo wir bereinigt haben, erfolgt bereits Kritik: Beispiel Perspektive, Beispiel Pro Infirmis, Beispiel Zuckerrübentransporte. Die Apfelkönigin, die kam noch nicht, aber das wird wahrscheinlich bis in zwei Wochen auch noch kommen. Und dann wurden im Eintretensvotum solche Dinge genannt wie Beiträge ans Stadttheater St. Gallen. Ich erlaube mir, das gerade zu Händen unserer Gäste zu erwähnen, weil sie es verpasst haben. Das ist ein Konkordat, das Sie erlassen haben. Wenn Sie daran schrauben wollen, dann müssen Sie es kündigen. Dann haben wir die Freiheit, es nicht mehr zu bezahlen. Aber so lange Sie einem Konkordat beigetreten sind, müssen wir das bezahlen, weil der Regierungsrat die langweilige Auffassung vertritt, dass die geltenden Gesetze einzuhalten sind. Dann wurde gefragt, warum wir bei Thurgau Tourismus nicht gekürzt hätten. Wir haben im letzten Jahr genau diesen Kürzungsantrag gemacht, und Sie haben uns wieder zurückkorrigiert. Und wir haben gedacht, wenn wir jetzt mit dem Gleichen nochmals kommen, würden Sie uns dann erneut zurückkorrigieren. Es wurde massiv gekürzt, und die Belastung war erheblich. Ich erlaube mir einfach, Ihnen zu sagen: Am Schluss wird die Zeche vom Personal bezahlt werden. Und ich erlaube mir, Ihnen diese Fakten auch noch darzulegen: Der Kanton Thurgau sieht Lohnmassnahmen vor von generell 0.5 %, individuell 1 %, total 1.5 %. Der Kanton St. Gallen sieht generell 1.1 %, individuell 0.8 %, total 1.9 % vor. Der Kanton Schaffhausen sieht generell 1.3 %, individuell

1.1 %, total 2.4 % vor. Der Kanton Zürich sieht generell 1.2 %, individuell 0.8 %, total 2.0 % vor. Fazit: Alle unsere Nachbarkantone – und das ist nun einmal die Konkurrenz zu den Personen, die bei uns arbeiten – haben bessere Lohnmassnahmen. Und wir waren schon äusserst zurückhaltend. Wenn Sie jetzt am Ende noch diesen Antrag überweisen, dann wird am Schluss das Personal die Zeche zahlen müssen, oder es muss, wie Kantonsrat Hans Feuz völlig zu Recht gesagt hat, ein bereits von Ihnen beschlossener Nachtragskredit in Teilen wieder zurückgenommen werden im Bereich der Steuerverwaltung, weil es ansonsten wahrscheinlich kaum möglich sein wird. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Er greift zu kurz.

**Präsident:** Wir kommen somit zur Abstimmung über diesen Antrag. Damit wir den Überblick nicht verlieren, lese ich ihn nochmals vor, dass alle sich bewusst sind, über was wir jetzt abstimmen. Der Antrag von Kantonsrat Ruedi Zbinden lautet: "Der Nettoaufwand der Globalbudgets aller Ämter wird um 2 % gekürzt." Und damit wir wissen, um was es geht: Der Nettoaufwand sämtlicher Ämter und Departemente beträgt gemäss Finanzkontrolle netto 408 Mio. Franken. Die 2 % wären also 8.16 Mio. Franken.

#### **Abstimmung:**

Der Antrag Zbinden wird mit 61:59 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

**Präsident:** Wir kommen zurück zur Eintretensdebatte. Es sind ja diverse Anträge angekündigt, und ich wäre froh, wenn sich die Rednerinnen und Redner dazu wirklich kurz halten würden, damit wir einen Überblick erhalten, was uns in zwei Wochen, neben dieser generellen Kürzungsgeschichte, noch alles zugetragen wird und worüber wir abstimmen werden. Als erster spricht, weil ich ihn auch unterbrochen habe, Kantonsrat Hermann Lei.

**Hermann Lei, SVP:** Ich freue mich, dass ich da schon wieder sprechen kann. Ich muss mich auch entschuldigen da unten, da ist ein bisschen das Feuer mit mir durchgegangen. Ich wollte nicht Ihnen diese Verfassungsuntreue vorwerfen, aber vielleicht Ihrer Partei im oberen Bereich, da kann man das manchmal schon. Bevor wir da zu freundlich miteinander werden, will ich noch etwas sagen: Ich habe mich ein bisschen geärgert in der Eintretensdebatte über Ratskollegin Barbara Dätwyler Weber, die gesagt hat, das sei Willkür pur, auf dem Buckel der Ärmsten usw.; auch ein bisschen Polemik von den anderen Sozialisten aus der Regio Frauenfeld. Wir setzen uns eben durchaus konkret für die Bürger ein. Unser Anspruch ist für alle statt für wenige, und nicht nur für wenige statt für alle. Das will ich jetzt eben dokumentieren in aller gebotenen Kürze. Es ist ja offenbar der Brauch, dass man die detaillierten Streichungsanträge eben ankündigt, damit man sich vorbereiten

kann. Wobei ich sagen muss: Dass wir jetzt diesen linearen Kürzungsantrag von Fraktionskollege Ruedi Zbinden gutgeheissen haben, nimmt etwas die Schärfe. Vielleicht überlegen wir uns, was wir da dann wirklich noch bringen, aber ich sage es einmal: Wir haben bei den Räten, Kapitel 5.1, einen Antrag auf Kürzung der Sitzungsentschädigung um 50 Franken für die Halbtags- und die Ganztages-sitzung. Wir sind der Meinung, dass wir da mit gutem Beispiel vorangehen müssen. Das ergibt 130'000 Franken. Dann haben wir im Kapitel 5.3, beim DIV, einen Antrag zur Streichung Projektverlagerung Pendlerverkehr um 180'000 Franken, einen Antrag zur Streichung Projektausgabe Thurgau Mobil um 100'000 Franken, dann einen Antrag um Kürzung von 100'000 Franken zur Streichung der Beiträge für Smarter Thurgau. Tut mir leid, wenn ich Sie damit langweile, aber ich muss es ja sagen. Dann haben wir einen Antrag auf Streichung der Stellen im Veterinäramt – wir wissen, dass wir keine Stellen streichen können, aber wir können Beträge streichen, und das machen wir, oder wollen wir – im Umfang von 250'000 Franken, dann dasselbe in Grün beim Amt für Justizvollzug, eine Stelle, 120'000 Franken, dann einen Antrag auf Streichung der Projektkosten Wil West um 250'000 Franken, einen Antrag zur Reduktion Objektkredit Verwaltungsgebäude, 700'000 Franken, einen Antrag im DFS, Kapitel 5.7, Streichung Nachtragskredit Bericht Freiwilligenarbeit 173'000, und einen Antrag, die Streichung des Beitrages an die Perspektive, diese 200'000 Franken, wieder rückgängig zu machen. Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit und habe geschlossen.

**Reto Ammann, GLP:** Wir haben auch überlegt und gesagt, dass wir die GFK-Anträge tragen werden. Jetzt ist es nicht ganz klar natürlich, wie viele Anträge zusätzlich noch kommen. Das ist jetzt etwas schwierig für die nächste Sitzung, abzuklären, was dann passiert. Dennoch, damit formell alles richtig eingehalten ist, wir haben auch gewisse Anträge vorbereitet: Der eine betrifft das Projekt Smart Justice, beim Obergericht 8120, wo wir – ohne jetzt gross zu begründen – vor allem eine Black Box sehen. Wir möchten hier eine Rückstellung auf den Frühling, dass man dann mit einem Nachtragskredit diesen für uns sinnvollen Antrag etwas mehr untermauert. Dies, weil hier auch Stellen drin sind, 250 Stellenprozent, die aus unserer Sicht auf einem anderen Wege ins Budget kommen müssten. Dann haben wir auch Fragen, ein Antrag im Bereich Polizei: Dort ist uns aufgefallen, dass in den letzten Jahren fast 100 Stellen und die letzten sechs Jahre 33 Stellen zusätzlich aufgetaucht sind. Da haben wir einige Fragen, die in der GFK nicht abschliessend beantwortet worden sind. Da werden wir nachfragen in den nächsten zwei Wochen, um dann allenfalls einen Antrag zu stellen. Wenn der Globalbudgetantrag aber durchkommt, gehen wir davon aus, dass dann diese Stellen wirklich hier beim Globalbudget auch gestrichen werden. Beim GFK-Antrag waren es zwei, wir würden lieber etwas höher gehen, dafür nochmals über die Stelle bei der Staatsanwaltschaft sprechen, die mit einem knappen Stichentscheid von 10:10 Stimmen letztendlich gefallen ist, weil wir doch immer wieder in der Zeitung auch hören, dass da Bedarf ist. Auch wenn wir an KI glauben, für gewisse

Übertretungen wäre es da gut, dass man allenfalls diesen Antrag bei der Staatsanwaltschaft zurücknimmt. Weil es nichts bringt, wenn wir bei der Polizei immer neue Anträge schaffen im Sinne von Strafanzeigen und diese nicht abgearbeitet werden können. Und last but not least, auch als Vorankündigung, beim Objektkredit auf Seite 257, das ist bei der SVP auch drin, bei diesem Büromöbel: Die sind sehr wahrscheinlich schon bestellt, deshalb kann man hier keinen Antrag stellen. Aber wir bitten hier darum, im Sinne von Circular Economy, dass man möglichst viele Mitarbeitende fragt, ob sie nicht das Büromöbel mitnehmen wollen. Ich glaube, da liegt noch einiges drin, dass man auch sparen könnte.

**Christoph Regli**, Die Mitte/EVP: Gerne informiere ich Sie über vier Anträge, die wir an der nächsten Sitzung voraussichtlich stellen werden. Es geht darum, durch die GFK gekürzte Stellen wieder ins Budget aufzunehmen. Es geht also durchwegs um Personalaufwand, wie er im gedruckten Budget schon vorgesehen war. Bitte sparen wir – aber machen wir uns dabei nicht lächerlich. Ich nenne nun die vier Konti und Themen. 5250 Staatsanwaltschaft – es geht immer um den Personalaufwand: Wir machen Gesetze – hier ein extrem neues – und dürfen dann meines Erachtens nicht das Personal dazu verweigern, sonst müssen wir auch keine Gesetzesanpassungen machen; 5350 Amt für Justizvollzug, Konto 3000.800, Personalaufwand: Es geht um die Sicherheit für das Personal in Kalchrain. Wenn da etwas geschieht, weil wir an jemandem gespart haben, dann haben wir ganz andere Kostendimensionen; 6210 Hochbauamt, ebenfalls Personalaufwand: Wir bauen ein neues Gebäude für 300 Mitarbeitende mit einem Empfang und bewilligen dann die Stelle nicht, diesen zu besetzen. Das kann doch nicht sein; 6510 Amt für Umwelt, Konto 3000.800, auch wieder Personalaufwand: Es geht darum, verschiedene Bereiche vorwärts zu bringen, bei denen wir bereits jetzt in Verzug sind und die dringend nötig sind. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bin gespannt, ob Sie auf mich hören in zwei Wochen.

**Christian Stricker**, Die Mitte/EVP: Wen machen wir wohl alles verrückt mit unserer Budgetübung? Wenn es um Zahlen geht, kann ich schlau sein wie der Fuchs. Ich analysiere und erkenne Sparpotenzial, wie es bei den Departementen geschah, die das Budget sehr konkret kürzten. Ich entdecke, wo für den Moment eine Investition zurückgestellt werden kann, weil die Mehrkosten verkräftbar sind. Ich kann verlässlich sein wie der Elefant, der anderen dient, der das Allgemeinwohl nicht unnötig schädigt, indem er bei den Budgetkürzungen wild um sich trampelt. Ich erhöhe einen Steuerfuss um verkräftbare 4 %. Denn in meiner Langlebigkeit erinnere ich mich daran, dass während der letzten vier Jahrzehnte die Steuern nur nach unten gingen. Die Feinfühligkeit gibt mir ein gutes Gespür, dass eine Zehnernote mehr pro Monat für einen normalen Haushalt verkräftbar ist. Ich kann weise sein wie die Eule und erkenne Sparmassnahmen, die mit dem nötigen gesetzlichen Unterbau mittel- und langfristig umgesetzt werden können. Sparen ist möglich. Wir kommen

aus luxuriösen Zeiten. Genügsamkeit und Einfachheit tragen kostbare Momente in sich. Es braucht bereits mehrfach angekündigte, langfristige Prozesse, die konsequent gegangen werden, um hier weiterzukommen. Oder ich erkenne als fleissige Ameise, wo es auch mitten in Kürzungen dran ist, zu investieren, damit der eingeschlagene Weg nicht ins Stocken kommt. Ich merke, dass es den Weg für die Zuckerrüben von Oberaach oder Bürglen nach Frauenfeld oder Aarberg per Bahn zu erhalten gilt. Ich stehe auch nicht im Weg bei der Massnahme 15 des Massnahmenplans der Biodiversitätsstrategie und erhöhe den Beitrag beim Landerwerb wieder um 100'000 Franken, damit Güterzusammenlegungen für Landwirte und Renaturierungsmassnahmen für Fliessgewässer im Flow bleiben. Entsprechend kommen in der nächsten Ratssitzung folgende Anträge: 1. Konto 3014.3634.150 Abgeltung Güterverkehr: Erhöhung von 0 auf 50'000 Franken auf den Stand des Vorjahres. 2. DIV, Konto 3616: Beiträge an diverse Organisationen und Verbände, welche nicht höher als 5'000 Franken sind, sollen nicht gestrichen werden. Damit mache ich wirklich unnötig Leute verrückt. Das betrifft total 21'000 Franken. 3. Konto 6125.5000.000 Landerwerb Natur und Biodiversität: Der Antrag lautet: Der Betrag, der ursprünglich mit 350'000 Franken im Budget war und von der GFK um 150'000 Franken gekürzt wurde, wird wieder um 100'000 auf 300'000 Franken erhöht. Ein letztes Tier: Ganz sicher achten wir darauf, dass überhaupt ein Budget zustande kommt. Denn ansonsten stehen wir wirklich wie der Esel am Berg.

**Barbara Dätwyler Weber**, SP und Gew.: Wie ich schon angekündigt habe, sind wir mit den GFK-Vorlagen nicht einverstanden und werden beantragen, die Kürzungen bei den Personalstellen wieder rückgängig zu machen, nämlich in den Konten 5250 Staatsanwaltschaft, 5350 Amt für Justizvollzug, 5430 Migrationsamt und 5510 Kantonspolizei, wie auch im 6210 Hochbauamt und 6510 Amt für Umwelt. Dann werden wir auch bei 7544 Beiträge an Organisationen wieder über die Perspektive und auch Pro Infirmis einen Antrag stellen.

**Regierungsrat Urs Martin**: Danke für die spannenden Anträge. Ich bitte, sich in zwei Wochen den ganzen Tag freizuhalten, damit wir die Beschlussfähigkeit bis zum Schluss behalten, und ich bitte alle Antragsteller, bis in zwei Wochen sich zu überlegen, ob diese Anträge kumulativ zum bereits überwiesenen Antrag sind oder nur quasi in Ergänzung. Das meine Bitte, danke.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

**Präsident**: Die Detailberatung zum Voranschlag 2025 wird an der nächsten Ratssitzung, am 4. Dezember 2024, geführt.